Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Badisches Volksecho. 1946-1950
# 1950

33 (8.2.1950)

Visual Library

BADISCHES
# VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 33 — Mittwoch, 8. Februar 1950 — Preis 15 Pf.

## Aus dem Inhalt:

Kommunisten mit Wasserstoffbombe nicht einverstanden

Das sind zwei Paar Stiefel

„Dem Diktat Washingtons gefolgt"

Truman zeigt sein Gesicht

Max Reimann an Hamburgs Hafenarbeiter

# Weigert Euch Kriegsmaterial zu entladen!

**„Es genügt nicht, daß man den Frieden will, man muß um den Frieden kämpfen"**

**Hamburg. (Eig. Ber.) Am Sonntag sprach vor der Betriebsgruppe der KPD, Hamburger Hafen, der Parteivorstand der KPD, Max Reimann. Ausgehend von der großen Bedeutung der Hamburger Parteiorganisation, wies er auf die besonderen Aufgaben der Betriebsgruppe Hamburger Hafen im Kampf um den Frieden hin. Die Hamburger Parteiorganisation ist neben unserer Partei im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die entscheidende Säule in Westdeutschland. Das stellte bereits Ernst Thälmann fest, der aus Euren Reihen hervorgegangen ist. Neben anderen Großbetrieben in Hamburg hat der Hafen eine ganz besondere Bedeutung, er ist das Tor Deutschlands zur Welt. Durch dieses Tor kann der friedliche Handel des friedliebenden deutschen Volkes mit anderen Nationen vonstatten gehen und so die Existenz des deutschen Volkes sichern. Andererseits kann durch dieses Tor von den anglo-amerikanischen Imperialisten das Kriegsmaterial eingeschleust werden, das für die Verwirklichung der amerikanischen Kriegsziele gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder benötigt wird. Darum haben die Organisationen Hamburgs und besonders die Betriebsgruppe Hamburger Hafen eine große Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk und anderen friedliebenden Völkern.**

An Hand der Mitteilung Trumans über die Entwicklung der Wasserstoffbombe zeigte Max Reimann den grundsätzlichen Unterschied zwischen den Kriegsplänen der anglo-amerikanischen Imperialisten und der Friedenspolitik der sozialistischen Sowjetunion auf. Die Kriegspläne der anglo-amerikanischen und deutschen Imperialisten bedrohen vor allem unsere Heimat mit der Vernichtung. Durch die Kriegspläne der anglo-amerikanischen Imperialisten, die von den verantwortlichen deutschen Imperialisten und ihren Politikern in der Adenauer-Regierung unterstützt werden, ist vor allen Dingen unser Volk und unsere Heimat von der Vernichtung bedroht. Wie furchtbar diese Bedrohung unserer Heimat und unseres Volkes ist, zeigt u. a. die Tatsache, daß Dr. Hurd, der Direktor des Pariser Nachrichtenbüros einer amerikanischen Zeitung, die sich zu deutsch „Christlich wissenschaftlicher Ratgeber" nennt, folgende „Vorsichtsmaßnahmen" von den amerikanischen Imperialisten verlangt. Er forderte, daß „jede dem Gegner nützliche Einrichtung zur Zerstörung mittels Sprengung durch einen Druck auf den Knopf vorbereitet sein muß und daß dies automatisch auf die Ruhrindustrie selbst dann Anwendung zu finden hat, wenn sie lediglich mit Friedensproduktion befaßt ist. Falls sie aber Waffen in Halb- und Fertigerzeugung herstellt, hätte dies, nachdem sie einmal in die Luft gesprengt worden ist, vermutlich keinen Wert für die Rüstung. Ein sofortiges grandioses Bombardement der Werke durch alliierte Bomben würde schnell eine wirkungslos gebliebene Sprengung ersetzen.

Hier kommt der ganze tollwütige Vernichtungswille der anglo-amerikanischen Imperialisten zum Ausdruck, die unsere Heimat zum Kriegsschauplatz und damit zur „verbrannten Erde" machen wollen. Dies zeigt aber auch mit aller Eindringlichkeit, daß unser Volk nur leben kann, wenn der Frieden erhalten bleibt und wenn es seine Existenz sichern will, daß es um die Erhaltung des Friedens kämpfen muß. Alle friedliebenden Menschen müssen sich in einer mächtigen Front zusammenschließen. Die deutsche Arbeiterklasse, die deutsche Jugend, die Frauen und Mütter, die überwältigende Mehrheit unseres Volkes will keinen neuen Krieg, sie will den Frieden. Den Krieg will nur jene kleine Gruppe deutscher Imperialisten und ihre Politiker, die die Interessen unseres Volkes verraten. Das ist bewiesen durch die Antwort unseres Volkes auf die Adenauerschen Remilitarisierungspläne.

Nachdem Max Reimann Beispiele für den auch in Westdeutschland sich entwickelnden Kampf zur Verteidigung des Friedens und der Herstellung der Einheit Deutschlands gebracht hatte, appellierte er an die deutschen Arbeiter, vor allem an die Hafen- und Transportarbeiter, Schulter an Schulter mit den französischen und italienischen Arbeitern die Entladung und den Transport von Kriegsmaterial abzulehnen.

### Montage von Panzern verweigert

**Turin.** (EB) Die Arbeiter der Turiner Fiat-Werke haben die Montage von 500 Panzern und 200 Zugmaschinen für die italienische Armee verweigert. Die Hafenarbeiter von La Specia und Imperia haben beschlossen, ebenso wie ihre Kollegen in Genua, keine USA-Waffen zu entladen.

Während dieser Situation traf der USA-Beauftragte für die Durchführung des sogenannten Waffenhilfsprogramms, Jacobs, ein. Wie ein Dieb bei Nacht wurde er unauffällig von Neapel nach Rom in die amerikanische Botschaft gebracht. Trotzdem wurde seine Ankunft bekannt und ganz Italien erlebte eine neue Welle von Demonstrationen. In Genua hißten Jugendliche unter dem Gesang der Garibaldi-Hymne, wobei sie besonders die Zeile „Hinaus aus Italien! Hinaus ihr Ausländer!" betonten, die Fahne der Weltjugendbewegung.

Im Kohlengebiet von Carbonia fand ein ganztägiger Generalstreik statt.

### Kasseler Betriebsräte folgen dem Beispiel

**Kassel.** (EB) Die Betriebsräte- und Obleuteversammlung der Industriegewerkschaft Metall in Kassel hat beschlossen, auf breitester Basis ein Friedens-Komitee ins Leben zu rufen. Ein vorbereitender Ausschuß wurde zur Aufnahme der Verbindung zu allen Betrieben und demokratischen Organisationen der Stadt gewählt.

In einer Entschließung, die angenommen wurde, heißt es, „daß die deutsche Arbeiterschaft mit Genugtuung festgestellt hat, wie ihre Arbeitsbrüder in Frankreich, Italien, England und Holland aktiv für die Erhaltung des Friedens eintreten, in dem sie sich weigerten Kriegsprodukte herzustellen oder zu transportieren."

Gegen die westdeutschen Remilitarisierungsbestrebungen erhoben die Metallarbeiter Kassels den Ruf: „Die deutsche Arbeiterschaft will keinen Krieg!"

### Polizeijagd nach Friedensflugblättern

**Hamburg.** (EB) Im Büro der Freien Deutschen Jugend erschien Kriminalpolizei und beschlagnahmte etwa 3000 Flugblätter. Es war der Aufruf des Weltjugendkongresses des Weltbundes der Demokratischen Jugend: „An alle, die den Frieden wollen!"

Eine Illustration für die Pressefreiheit in Westdeutschland und für die gesteigerte Nervosität der Feinde des Friedens gegenüber den Bestrebungen der Jugend, den Kriegstreibern aktiv entgegenzutreten.

## Protest gegen Trumans Atombomben-Politik

**London. (EB.) Es sei die Pflicht aller Menschen darauf zu dringen, daß jede Anstrengung unternommen werde, um die Wasserstoffbombe, diese „käufliche Waffe" für völkerrechtswidrig zu erklären und sie unter eine internationale Kontrolle zu stellen, erklärte am Sonntag der Erzbischof von York. Er forderte, daß vor allen Dingen erneut versucht werden müsse, ein Abkommen der Organisationen der Vereinten Nationen über die Kontrolle der Atom-Energie zu erreichen.**

Der Rat der Vereinigung amerikanischer Wissenschaftler, der 1500 Wissenschaftler vertritt, hat am Montag Präsident Truman aufgefordert, eine Sonderkommission mit der Prüfung der Atomenergie-Politik der USA zu betrauen. Das amerikanische Volk sollte wissen, daß die Sowjetunion die Wasserstoffbombe, wenn sie in den USA gebaut wird, ebenfalls herstellen kann. „Die USA dürfen keine Illusionen über eine Sicherheit hegen, die auf das angebliche Monopol einer Super-Waffe gegründet ist."

159 prominente USA-Bürger, darunter der Historiker Sherwood und andere bekannte Schriftsteller, Professoren und Rechtsgelehrte haben Präsident Truman in einem Schreiben aufgefordert, die sowjetfeindliche Politik aufzugeben und eine aktive Friedenspolitik zu betreiben.

## Der Strick am Hals wird weiter zugezogen

**Dr. Adenauer reicht die Hand zur Einstellung der Stahl- und Eisenlieferungen nach der Deutschen Demokratischen Republik**

**Bonn. (EB) Bundeskanzler Dr. Adenauer hat die Einstellung aller Eisen- und Stahllieferungen nach der Deutschen Demokratischen Republik angeordnet. In den politischen Kreisen Bonns vermutet man, daß dies auf Grund von Anweisungen des von den USA zurückgekehrten Hohen Kommissars McCloy erfolgte. Man rechnet, daß McCloy in Washington die Weisung erhalten habe, ein Stahl-Embargo zu verhängen.**

Dr. Adenauer ist dieser Forderung von amerikanischer Seite prompt nachgekommen. Es ist erst wenige Wochen her, als der Ruhrindustrie die Annahme des Riesenlieferungsvertrages für Eisenbahnschienen nach China auf amerikanisches Betreiben untersagt worden ist. Zehntausende Arbeiter gingen damit für lange Zeit der Beschäftigungsmöglichkeit verlustig. Jetzt erfolgte das Verbot der Eisen- und Stahllieferung in die Deutsche Demokratische Republik. Damit werden erneut all die Schwierigkeiten größer, die das Arbeitslosenheer und das Elend so rapid in Westdeutschland anwachsen lassen. Wir wollen in diesem Zusamemnhang nur daran erinnern, daß das durch die Demontage tödlich getroffene Watenstedt-Salzgitter für seine Bevölkerung allein nur aus den drei Vertragsabschlüssen mit der Deutschen Demokratischen Republik auf Eisenlieferungen Hoffnung schöpfte, eine Existenzgrundlage für die Zukunft zu haben. Auch diese Hoffnung ist nun zerstört worden durch eben den Bundeskanzler Dr. Adenauer, der es sonst nicht an der Versicherung angeblich tatkräftiger Hilfe für Watenstedt-Salzgitter fehlen ließ. Die Einstellung der Lieferung an die Deutsche Demokratische Republik, die er jetzt verfügte, zeigt, was von Worten aus Bonn zu halten ist.

### 2,5 Millionen Erwerbslose

**Bonn.** (EB) In Westdeutschland, Westberlin eingerechnet, beträgt die Arbeitslosenziffer nunmehr rund zweieinhalb Millionen. Dem offiziellen Bericht nach befanden sich in den Westzonen Ende Januar 1,9 Millionen Arbeitslose, die in den letzen Tagen durch Kündigungen um schätzungsweise 200 000 vermehrt wurden. Die Westberliner Arbeitslosenziffer liegt in einer Höhe von über 300 000.

## Hanauer Stadtparlament an der Seite der Friedenskämpfer

**Hanau.** (EB) In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine von der Fraktion der KPD eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen. Diese hat folgenden Wortlaut:

„Mit großer Sorge verfolgen wir die ungeheure Aufrüstung in den USA und deren Bestreben, Westeuropa in ein Waffenlager für einen dritten Weltkrieg zu verwandeln. Wir sind tief erschüttert von der Nachricht, daß Präsident Truman den Auftrag zur Herstellung der Wasserstoffbombe gegeben hat, denn wir wissen aus der Geschichte, daß, wenn Waffen erst einmal geschmiedet sind — und mögen sie noch so mörderisch sein — sich immer Kräfte finden; die den Einsatz durchsetzen. Wir wissen ferner, daß die Aufrüstung zu allen Zeiten mit der Sicherung des Friedens begründet wurde, während sie in Wahrheit der Vernichtung dient. Die Völker wollen aber nicht den Krieg, sondern Frieden.

Wir begrüßen daher den Aufruf, den das Komitee der Friedensbewegung in Westdeutschland unter seinem Präsidenten, Dr. H. v. Hatzfeld, am 16. Dezember 1949 von Bad Godesberg aus an alle, die den Frieden lieben und ihn verteidigen, gerichtet hat. Weil der zweite Weltkrieg von Deutschland seinen Ausgang nahm und weil nach den klaren Absichten einiger Generalstabschefs Westdeutschland als Aufmarsch- und Kampfgebiet für einen dritten Weltkrieg vorgesehen ist, hat kein Volk mehr die Pflicht als das deutsche, gegen jede Remilitarisierung und für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen.

Den Beschluß des überparteilichen Frauenverbandes unserer Stadt zur Gründung eines Friedenskomitees begrüßen wir und ersuchen alle Personen und Organisationen, diese Bestrebungen zu unterstützen. Zugleich appellieren wir an alle Stadt-, Kreis- und Gemeindeparlamente, unserem Beispiel zu folgen und ihren Willen zum Kampf für die Erhaltung des Friedens zu bekunden, sowie die Bevölkerung, örtliche Friedenskomitees aufzurufen. Zu diesem Appell glauben wir uns als gewählte Vertreter der Bevölkerung berechtigt, weil unsere Stadt im zweiten Weltkrieg zu 84 Prozent zerstört und alle Kulturgüter vernichtet wurden und weil unsere Toten uns mahnen, für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen."

### Naturfreundejugend beschickt Pfingst-Treffen

**Frankfurt.** (EB) Die Naturfreundejugend teilt dem Landesvorstand Hessen der Freien Deutschen Jugend mit, daß laut einmütigem Beschluß ihrer Landesjugendleitung eine Abordnung der Naturfreundejugend offiziell am deutschen Jugendtreffen an Pfingsten in Berlin teilnehmen wird.

## Im Streiflicht gesehen

### Anhaltende Kältewelle in den Nahostländern

**Jerusalem.** Die außergewöhnlich starke Kältewelle in den Nahostländern dauert weiter an. In der syrischen Stadt Homs wurden eindringende Wolfsrudel mit Maschinengewehren bekämpft. Die Schäden in den Zitrus- und Dattelkulturen der Levante sind groß. Kairo meldet zwei, Alexandrien drei Grad unter Null mit Küstenstürmen von 100 st/km. Die Straßen nach Jerusalem sind durch Schneeverwehungen mit Schneehöhen bis zu 60 cm blockiert. Die Sitzung des israelitischen Parlaments mußte am Montag ausfallen, da die meisten Abgeordneten nicht in die Hauptstadt gelangen konnten. Obwohl mehrere Häuser durch die Schneelast eingestürzt sind, das Wasser in den Leitungen gefroren ist und sogar das Brot rationiert werden mußte, freut sich die Jerusalemer Bevölkerung über das ungewohnte Winterwetter. Jung und alt liefern sich Schneeballschlachten. (AFP)

### Geisteskranker wollte Lok führen

**Arbon** (Schweiz). Auf der Station Arbon der Schweizer Bodenseestrecke drängte sich dieser Tage ein Bahnarbeiter auf die Lokomotive eines gerade abfahrenden Zuges, stieß den Lokführer auf die Seite und übernahm die Führung der Maschine. Es gelang dem Lokpersonal bald, den Mann zu überwältigen, aus dessen verworrenen Reden hervorging, daß er geistesgestört war. Der Kranke wurde in eine Irrenanstalt überführt.

### Voller Stolz, daß sie unabhängig von Guiliano ihre Bande führte

**Palermo.** Als erste Frau unter den zahlreichen sizilianischen Bandenmitgliedern, die sich in der letzten Zeit freiwillig den Behörden auslieferten, hat sich am Montag die 35-jährige Francesca Spera der Polizei gestellt. Sie gab an, daß sie die Führerin einer Bande gewesen sei, deren Tätigkeitsfeld bei Palermo lag. Voller Stolz wies sie darauf hin, daß ihre Gruppe unabhängig von dem Banditenkönig Guiliano und anderen großen sizilianischen Banden gearbeitet habe. (Reuter)

### Gangsterkrieg in Los Angeles

**Los Angeles.** Hunderte von Einwohnern eines Villenortes in Los Angeles wurden von einer gewaltigen Detonation aus dem Schlaf geschreckt, die ihre Fensterscheiben zertrümmerte. Die sofort alarmierte Polizei stellte fest, daß die Detonation den Vorderteil der Villa des Gangsterkönigs Mickey Cohen fortgerissen hatte. Anscheinend war dies ein neuer Anschlag einer feindlichen Gangsterbande auf das Leben Cohens, der jedoch in einem Hinterzimmer geschlafen hatte und unverletzt blieb. Auf Cohen wurden schon mehrere Anschläge verübt. Das letzte Mal — im vergangenen Juli — wurde er und einige Begleiter aus einem Hinterhalt unter Feuer genommen. Cohen und drei seiner Begleiter wurden damals verwundet, einer davon tödlich. (INS)

### Fußballfanatiker griffen zu Gewalt

**Bari.** Mit einer „bewaffneten Auseinandersetzung" endete am Montag ein Fußballspiel zwischen den Mannschaften zweier Dörfer in der Nähe von Bari (Süditalien). Nachdem die Ortsmannschaft des Dorfes Carovino ihre 2:0-Niederlage gegen ein benachbartes Dorf als „unfaire Entscheidung" bezeichnet hatte, griffen etwa 500 erregte Caroviner die abfahrenden Autobusse der Gastmannschaft mit Steinwürfen an. Die Insassen der Autobusse antworteten mit Pistolenfeuer. Dabei wurde einer der Angreifer getötet. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte. (Reuter)

## Haftbefehl ist ungesetzlich!

**Abg. Lehmann protestiert bei der Hohen Kommission**

**Hannover** (Eig. Ber.) Aus Salzgitter ging der Redaktion die Abschrift eines Schreibens zu, das der Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages, Robert Lehmann, an die Alliierte Hohe Kommission gerichtet hat. In diesem Schreiben heißt es:

Am 25. Januar 1950 hat das Niedere Militärgericht zu Hannover einen Haftbefehl gegen mich erlassen. Das geschah unter Mißachtung der bestehenden parlamentarischen Immunität. Das Gericht hat nicht den Versuch unternommen, unter Bezugnahme auf die bestehenden Gesetze und Verordnungen die Rechtmäßigkeit der Anklageerhebung gegen mich, wie auch die Ausfertigung des Haftbefehls zu begründen. Eine solche Begründung unterblieb, weil dadurch die Ungesetzlichkeit und Willkür offenkundig geworden wäre.

Dagegen habe ich in meiner Beschwerde vom 16. Januar 1950 an die Alliierte Hohe Kommission bewiesen, daß ein gewählter Abgeordneter gröblich seine Pflicht verletzt, wenn er vor einem Gericht erscheint (auch vor einem Militärgericht) ohne Aufhebung seiner Immunität durch Parlamentsbeschluß.

Das Niedere Militärgericht zu Hannover hat die Unhaltbarkeit seines Standpunktes auch dadurch bewiesen, daß es den Haftbefehl für die Zeitdauer der Tagung des Niedersächsischen Landtages ausgesetzt hatte. Die Tätigkeit eines Abgeordneten beschränkt sich aber keineswegs auf die offiziellen Sitzungen. Die ständige Fühlungnahme mit der Bevölkerung und die daraus erwachsenden Verpflichtungen, ihre Interessen wahrzunehmen, sind zumindest ebenso wichtig, wie die offiziellen Sitzungen. Aus diesem Grunde sehe ich keine Veranlassung, meine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter zu unterbrechen.

Durch die Weiterführung der Demontage in Watenstedt-Salzgitter, insbesondere der Krupp-Renn-Anlage, halte ich es für meine wichtigste Pflicht, den Kampf der Arbeiterschaft, wie der Gesamtbevölkerung, in Watenstedt-Salzgitter um ihre Lebensexistenz zu unterstützen, statt einem rechtswidrigen Haftbefehl nachzukommen und mich verhaften zu lassen.

Hiermit protestiere ich darum in aller Form gegen einen, vom Niederen Militärgericht zu Hannover gegen mich erlassenen Haftbefehl. Dieser Haftbefehl ist ungesetzlich, da ein gewählter Abgeordneter nicht verfolgt werden darf, solange seine Immunität nicht aufgehoben ist. Ich erwarte, daß die Alliierte Hohe Kommission Schritte unternimmt, die zur Aufhebung des Haftbefehls und damit verbundenen polizeilichen Verfolgung führen, damit ich ungehindert und ohne polizeilich verfolgt zu werden, meine Pflichten als demokratisch vom deutschen Volke gewählter Abgeordneter wahrnehmen kann."

### Dr. Adenauer begrüßt Wasserstoffbombe

**Oberhausen.** (EB) Dr. Adenauer begrüßte in einer Stellungnahme zu außenpolitischen Fragen den Entschluß von Präsident Truman, die Wasserstoff-Atombombe zu bauen. Er tat dies ausgerechnet auf einer Tagung der CDU-CSU-Sozialausschüsse.

Bei Dr. Adenauer kann uns dies nicht überraschen. Je mehr zum Krieg gerüstet wird, um so schneller glaubt er, mit seinen westteutschen Remilitarisierungsplänen zum Ziel zu kommen. Es liegt an uns, der breiten Masse der Bevölkerung, ihm einen Strich durch die Rechnung zu machen.

### Demonstration gegen US-Konsulat in Venedig

**Venedig.** (EB) Zu Kundgebungen für den Frieden und gegen den USA-Imperialismus kam es am Sonntag vor dem amerikanischen Konsulat in Venedig. Die Hafenarbeiter von Civita Vochia beschlossen, keine Schiffe mit amerikanischem Kriegsmaterial zu entladen.

### Stalingrad-Feiern in der Deutschen Demokratischen Republik

**Berlin.** (EB.) In allen Städten und Landkreisen der Deutschen Demokratischen Republik fanden am Tage von Stalingrad stark besuchte Veranstaltungen der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft statt, die den Sieg der sowjetischen Friedens- und Befreiungsarmeen über die faschistischen Kriegsbrandstifter und Unterdrücker feierten. Heimkehrer gaben Erlebnisberichte aus der Sowjetunion und beantworteten alle an sie gestellten Fragen, die ihr freundschaftliches Verhältnis zu den sowjetischen Schwestern und Brüdern betreffen. Der Innenminister des Landes Brandenburg, Lentsch, bezeichnete den Tag von Stalingrad als Leuchtfeuer des Friedens und der Freiheit für alle vom Faschismus und Imperialismus unterdrückten Völker.

### Westberlin hat über 300 000 Arbeitslose

**Berlin** (EB). In einem amtlichen Bericht gibt die Westberliner Verwaltung bekannt, daß die Arbeitslosigkeit in Westberlin weiterhin katastrophal ansteigt. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich in den letzten 14 Tagen um 9920 Personen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt damit 302 842. Hiervon beziehen 120 331 Arbeitslosenunterstützung, 88 282 Arbeitslosenfürsorge. Die Zahl der verkürzt arbeitenden Betriebe geht gleichzeitig in die Höhe. Sie beträgt heute 10 372.

### USA-Arbeitslosenzahl im Januar um fast eine Million gestiegen

**Washington.** Um 991 000 ist die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten allein im Monat Januar gestiegen. Damit erhöht sich die Gesamtarbeitslosenziffer der USA auf 4 480 000, eine Rekordhöhe seit Ende des letzten Krieges.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Truman zeigt sein Gesicht

**Mit Anti-Gewerkschaftsgesetz gegen USA-Bergarbeiter-Streik**

**Washington.** (Rdfk.) Unter Berufung auf das gewerkschaftsfeindliche Taft-Hartley-Gesetz hat Präsident Truman das Oberste Bundesgericht veranlaßt, eine einstweilige Verfügung gegen die 400 000 streikenden Bergarbeiter zu entlassen, die diese verpflichten soll, für die nächsten 80 Tage die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nachdem die Bergarbeiter nur drei Tage in der Woche aus Protest gegen den Nichtabschluß der Arbeitsverträge arbeiten, dann in Stärke von etwa hunderttausend in Vollstreik getreten sind, kam es zum Streik von 400 000 Bergarbeitern in den USA. Damit war der Bergbau lahmgelegt. Der sich „gewerkschaftsfreundlich" gebärdende Präsident Truman, hat jetzt von jenem gewerkschaftsfeindlichen Gesetz gegen die Bergarbeiter Gebrauch gemacht, das er bei der Präsidentenwahl versprochen hatte, abzuschaffen.

## Trübe Aussichten der Briten in Burma

**London.** (EB) der britische Handel in Burma geht zurück und die Einnahmen sinken, schreibt der ehemalige Abgeordnete Errol, der vor kurzem als Mitglied eines Parlaments-Ausschusses in Burma war. Die um die nationale Befreiung ringenden Kräfte Burmas behaupteten sich in weiten Räumen des Landesinnern und beherrschten die wichtigsten Verkehrswege. Die Blei- und Silberminen der Burma-Corporation seien vom Anschluß an das Eisenbahnnetz abgeschnitten. Die Bergwerke von Mawhi seien in der Hand der Karenen und die Zinn-Bergwerke von Tavoy seit Januar von Partisanen besetzt.

## „Dem Diktat Washingtons gefolgt"

**„Prawda" zum Abkommen mit Bao Dai**

**Moskau.** (EB) Die Ratifizierung des Vietnam-Abkommens der französischen Regierung mit der Marionette Bao Dai durch die französische National-Versammlung zeige, daß jetzt die Regierungsmehrheit in der National-Versammlung wieder einmal dem Diktat Washingtons gefolgt hat, schreibt die „Prawda".

## Wahlkampagne in der Sowjetunion begann

**Moskau** (EB). Ueber 8000 Arbeiter des Moskauer Werkes Elektro Sawod, das im Wahlbezirk Stalins gelegen ist, versammelten sich am Samstag in der festlich geschmückten Fabrikhalle, um ihren Kandidaten für den Obersten Sowjet der UdSSR zu bestimmen. Der parteilose Stachanow-Arbeiter Maslow schlug unter dem großen Beifall der Versammlungsteilnehmer J. W. Stalin vor. Es wurde einstimmig beschlossen, Stalin zu bitten, die Zustimmung zu seiner Aufstellung als Kandidat zu erteilen. Auch in Moskau, Leningrad, Kiew und Stalingrad fanden über das Wochenende die ersten Wahlversammlungen statt. Neben der einmütigen Nominierung Stalins als ersten Kandidaten wurden seine engsten Kampfgenossen aufgestellt.

# Die sechs prozentige Gehaltskürzung muß fallen!

**Von Gustav Gundelach, Mitglied des Bundestages**

Die Verwaltungsangehörigen des Bundesdienstes und der früheren Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes führen einen berechtigten Kampf für die Aufhebung der 6prozentigen Gehaltskürzungsverordnung vom 1. Dezember 1930. Während ihre Kollegen, die im Landesdienst stehen, die Aufhebung der Brüningschen Notverordnung bereits erreichten und seit April, beziehungsweise Oktober 1949, ihr volles Gehalt beziehen, vorenthält die Bundesregierung den im Bundesdienst stehenden Beamten die Anerkennung der rechtlichen Gleichstellung der Beamten des Bundes.

Besonders die große Zahl der unteren und mittleren Beamten ist durch das Verhalten der Bundesregierung hart betroffen, zumal ihr heutiges Gehalt der Gehaltsregelung aus dem Jahre 1927 entspricht. Keineswegs entspricht ihr heutiges Einkommen den veränderten Verhältnissen gegenüber der Zeit von 1927. Obwohl diese Tatsache besteht, haben Bundesregierung und Regierungsparteien in der Sitzung des Bundestages vom 19. Januar die Aufnahme eines auf die Initiative der KPD-Fraktion zustandegekommenen Antrages des Beamtenrechts-Ausschusses verhindert. Dr. Vogel von der CDU sprach sich gegen die sofortige Annahme aus und beantragte die Zurückverweisung des Antrages an den Haushaltsausschuß.

Nachfolgend geben wir eine Uebersicht darüber, wie der Bundestag und die Bundestags-Ausschüsse zu der berechtigten Forderung der Beamten auf Aufhebung der 6prozentigen Gehaltskürzungsverordnung Stellung genommen haben:

Am 2. November 1949 stellte die KPD-Fraktion im Bundestag einen Antrag auf Aufhebung der Gehaltskürzungsverordnung. In seiner Sitzung vom 10. November 1949 überwies der Bundestag diesen Antrag an den Ausschuß für Beamtenrecht, den Ausschuß für Finanz- und Steuerwesen und an den Haushaltsausschuß. Der Beamtenrechts-Ausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 16. November 1949 mit dem Antrag der KPD-Fraktion, nachdem zuvor bereits der Ausschuß für Finanz- und Steuerwesen dazu Stellung genommen hatte. Letzterer hatte nach Ausführung des Bundesfinanzministers die vorläufige Zurückstellung des Antrages beschlossen, um erst eine Stellungnahme der Regierung zu den gesamten Fragen der Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Beamten abzuwarten. Der Beamtenrechts-Ausschuß hat sich mit dieser Stellungnahme des Ausschusses für Finanz- und Steuerwesen nicht einverstanden erklärt und entgegen dem Beschluß des Finanzausschusses, auf der Grundlage des KPD-Antrages den Beschluß gefaßt, folgenden Antrag dem Bundestag zur Stellungnahme zu unterbreiten und zur Annahme zu empfehlen:

„Die 6prozentige Gehaltskürzung der Beamten und Ruhestandsbeamten auf Grund der ersten Gehaltskürzungsverordnung vom 1. Dezember 1930 ist für die Verwaltungsangehörigen (einschließlich der Versorgungsberechtigten) des Bundesdienstes und der früheren Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit Wirkung vom 1. Januar 1950 aufzuheben.

Unabhängig davon wird die Bundesregierung ersucht, die durch Ziffer 3 des Antrages des Ausschusses für Beamtenrecht (Drucksache Nr. 216) geforderten Sofortmaßnahmen zugunsten des unter Artikel 131 GG fallenden Personenkreises umgehend durchzuführen."

Am 5. Januar beschäftigte sich der Haushaltsausschuß mit diesem Antrag. Der Bundesfinanzminister Schäffer nahm auch in diesem Ausschuß persönlich gegen die Verabschiedung dieses Antrages des Beamtenrechtsausschusses Stellung. Er machte geltend, daß es zweckmäßig sei, die Aufhebung der Gehaltskürzungsverordnung im Zuge der allgemeinen Neuregelung der Gehaltsfragen für alle Beamten und Angestellten des Bundes vorzunehmen.

Dr. Schäffer wies dabei auf die ungeklärten Rechtsverhältnisse der Flüchtlingsbeamten hin. Er sprach von der „Notgemeinschaft" des deutschen Volkes und zog daraus die Schlußfolgerung, daß die im Staatsdienst beschäftigten Beamten zugunsten der Flüchtlingsbeamten Solidarität üben müßten. Das kommende Beamtengesetz werde, so führte er aus, der Beamtenschaft schwere Opfer auferlegen. Er schwieg sich aus darüber, welche Pläne die Regierung in diesem Punkte hat. Leider hat sich der Haushaltsausschuß in seiner Mehrheit, die durch die Regierungsparteien gegeben ist, die Auffassung des Bundesfinanzministers zu eigen gemacht.

Der Beamtenrechtsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 12. Januar dieses Jahres auch gegen die Stellungnahme des Haushaltsausschusses ausgesprochen. Er beschloß mit Mehrheit, den früher bereits angenommenen Antrag an den Bundestag aufrecht zu erhalten.

In seiner Sitzung vom 19. Januar dieses Jahres hat dann der Bundestag den Bericht des Beamtenrechtsausschusses entgegengenommen. Als Vertreter der KPD-Fraktion sprach dazu der Abgeordnete Gundelach. Er prangerte die Absichten des Bundesfinanzministers an, die darauf abzielen, den im Bundesdienst Beschäftigten ihre Rechte vorzuenthalten. Er wandte sich ebenso mit Nachdruck gegen die bisherige Verschleppung und sprach sich für die Annahme des Antrages des Beamtenrechtsausschusses aus. Hier war es, wie schon angeführt, Dr. Vogel von der CDU, der die sofortige Annahme des Antrages verhinderte und die Rückverweisung an den Haushaltsausschuß beantragte. Die KPD-Fraktion beantragte daraufhin die namentliche Abstimmung über diesen Punkt, um alle Abgeordneten namentlich festzustellen, die gegen die Aufhebung der Gehaltskürzungsverordnung sind. Wieder war es die Mehrheit des Bundestages, die Abgeordneten der Regierungsparteien, die gegen eine namentliche Abstimmung waren.

So beschloß dann der Bundestag die Rückverweisung des Antrages an den Haushaltsausschuß. Der Haushaltsausschuß muß nun zum zweiten Male zu dem Antrag des Beamtenrechtsausschusses Stellung nehmen. Es besteht die Gefahr, daß der Haushaltsausschuß die erneute Behandlung solange hinauszögert, bis das vom Bundesfinanzminister Schäffer angekündigte, der Beamtenschaft große Opfer auferlegende, neue Beamtengesetz vorliegen wird. In diesem neuen Beamtengesetz wird vermutlich die Brüningsche Gehaltskürzungs-Verordnung aufgehoben, dafür aber der Beamtenschaft im Zeichen der „Notgemeinschaft" die bereits angekündigten schweren Opfer auferlegt werden.

Aus dieser Darlegung wird allen Beamten ersichtlich, daß Regierung und Regierungsparteien den Beamten im Bundesdienst nicht nur die berechtigte Forderung auf Aufhebung der Gehaltskürzungsverordnung vom 1. 12. 1930 streitig machen wollen, sondern drauf und dran sind, ihnen neue Lasten aufzu erlegen. Dagegen müssen sich die Beamten und Angestellten mit ihren Gewerkschaften in jeder Weise zur Wehr setzen.

# Kommunisten mit Wasserstoffbombe nicht einverstanden

**Noch einmal die Vergeltung der Geschichte herausfordern ist unser Untergang**

Stärker als alle Atom- und Wasserstoffbomben ist der Wille zum Frieden, der in allen Völkern der Welt fest verankert ist. Sogar die großmächtigen Herren, die den Auftrag Trumans, die Wasserstoffbombe zu entwickeln, jubelnd begrüßten, wagten nicht ihre wahren Absichten, die auf die Eroberung der Weltherrschaft gerichtet sind, offen auszusprechen. Heuchlerisch erklären sie, daß diese neue Waffe mit ihrer Vernichtungskraft dem Frieden dienen solle.

In Wirklichkeit glaubt man, die Sowjetunion damit erpressen und, wie man sagt, die „Sowjets zum Einlenken" bewegen zu können. Senator McMahon „hofft", daß die „Super-Bombe" dem Weltfrieden dienen wird. Senator Tom Conally nannte den Entschluß des Präsidenten „weise und sehr bedeutungsvoll". Scott W. Lucas hofft auf die „Vernunft der Menschheit und betet zu Gott, daß die neue Waffe niemals angewendet werde." Alle diese Aeußerungen entnehmen wir der amerikanischen Zeitung in Deutschland, „Die Neue Zeitung" vom 2. Februar 1950, und glauben, daß die erbärmliche Heuchelei der amerikanischen Kriegstreiber darin offen genug zum Ausdruck kommt.

Für diejenigen, die mit der neuen Aufrüstung nicht einverstanden sind, hat die „Neue Zeitung" den Sammelbegriff „Kommunisten" gefunden. Unter der Ueberschrift „Kommunisten nicht einverstanden" berichtet sie unter anderem, daß „Rabbi Dr. Abba Hillel Silver" zu dem Entschluß, Wasserstoffbomben zu produzieren, feststellt, daß dieser „durch nichts moralisch zu rechtfertigen" ist. Professor Max Laue, Göttingen, einer der prominentesten deutschen Physiker und Nobel-Preisträger, bedauert den Entschluß und meint, „daß alles getan werden müßte, um zu verhindern, daß eine derartige Waffe jemals zur Anwendung kommt". Der Dekan von Canterbury sagte zu der Entwicklung der „Super-Bombe": „ich bedaure, das zu hören". Der republikanische Abgeordnete W. S. Cole erklärte, „der Präsident habe sich widerrechtlich Befugnisse des Kongresses angemaßt und sei der Chance verlustig gegangen, eine Bewegung gegen das sinnlose Rennen der Wissenschaft nach mehr und größeren Vernichtungswaffen zu führen."

Nein, trotz der heuchlerischen Erklärungen: die Entwicklung eines neuen Instruments zur Zerstörung dient dem Frieden ebensowenig, wie die beabsichtigte Remilitarisierung Westdeutschlands oder die weitere Werbung deutscher Söldlinge von den Agenten aus sechs Ländern (darunter auch das faschistische Spanien), die zu einer Anfrage der Kommunistischen Fraktion im Bundestag an die Regierung führte. Sind doch bereits weit über 100 000 ehemalige Kriegsgefangene aus den Lagern der westlichen Alliierten in den verschiedensten Formationen und Kontingenten unter fremdem Befehl in Uebersee eingesetzt. Dienen sie dort dem Frieden? Nein, sie werden eingesetzt gegen die um ihre nationale Selbständigkeit kämpfenden Völker. Und nicht zuletzt kämpfen diese Völker darum, sich der Front des Friedens einreihen zu können.

Hat Deutschland ein Interesse daran, den Imperialisten zu helfen, die nationale Unterdrückung vieler Völker aufrechtzuerhalten? Im Gegenteil, das deutsche Volk kämpft selbst um seine nationale Freiheit und muß ein enges Freundschaftsband herstellen zu allen „Friedens- und Freiheitskämpfern in der Welt. In Deutschland haben nur die Großkapitalisten ein Interesse an den Kriegsvorbereitungen. Das Organ der Industriellen an Rhein und Ruhr, der „Industrie-Kurier" schrieb am 17. Dezember 1949 über den Kampf gegen zwei Fronten:

„Daß wir verkannt haben, daß wir mit einer dieser „Fronten", der westlichen, das Abendland zu verteidigen hatten und daß deshalb alles Trennende, alle Interessengegensätze und Schwierigkeiten in den Beziehungen zum Westen überwunden werden mußte und überwunden werden konnte: d a s war unsere Sünde an der Geschichte, für die sie uns nun büßen läßt... Noch einmal die Vergeltung der Geschichte herausfordern, hieße unseren Untergang besiegeln."

Das heißt mit anderen Worten: daß sich die westdeutsche Schwerindustrie entschieden hat, mit den westlichen imperialistischen Kriegstreibern in einer Front gegen den Osten zu marschieren. Aber der Angriff der Kriegstreiber richtet sich nicht nur gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratien, sondern er richtet sich vor allem auch gegen das deutsche Volk, seine Freiheit und Unabhängigkeit. Und das deutsche Volk hat sich seiner eigenen Haut zu wehren, seine eigenen Interessen wahrzunehmen, und niemals einen Zweifel daran zu lassen, daß es bereit ist, für seine friedliche und demokratische Zukunft zu kämpfen. E. M.

## Schluß mit Werbung für Fremdenlegion!

**Berlin** (EB). Die sofortige Einstellung der Agenten- und Werbetätigkeit für die französische Fremdenlegion in Westdeutschland fordert die IG Energie in einem Aufruf. Darin wird festgestellt, daß das deutsche Volk in dem vietnamesischen Volk, das im harten Kampf um seine Freiheit steht, einen natürlichen Bundesgenossen sieht. „Zehntausende junger Deutscher sind bereits auf den Schlachtfeldern Vietnams gefallen und noch zehntausenden droht der Tod in diesem verbrecherischen Krieg der Imperialisten gegen die Volksrepublik", heißt es in dem Appell. „Unser Aufruf geht mit der Stellungnahme der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an alle deutschen Soldaten der französischen Kolonialarmee und fordert von ihnen: „Kämpft nicht gegen den Freund des deutschen Volkes, Vietnam. Kehrt zurück in Euere Heimat, um hier durch Euere Arbeit das bessere Leben eines geeinten Deutschlands zu garantieren."

# Das sind zwei Paar Stiefel

**Im Separatstaat findet man sich mit mehr als zwei Millionen Arbeitslosen ab — In der Deutschen Demokratischen Republik: In sechs Monaten keine Arbeitslosen mehr**

Adenauers Verkehrsminister Dr. Seebohm bezeichnete die Arbeitslosigkeit als strukturell bedingt. Strukturell, d. h. natürlich im Sprachgebrauch der Adenauer, daß Westdeutschland, der „kleine Lebensraum" der deutschen Monopolkapitalisten, „an Uebervölkerung" leidet. Das sagte schon Hitler auf Geheiß der rüstenden Monopolisten — und Millionen Deutsche kamen bei dem Raubzug auf neuen „Lebensraum" ums Leben. Aber für die Adenauer Regierung sind trotzdem noch einige Millionen zu viel. Das jedenfalls ist der Sinn eines von ihr verfaßten Memorandums an die Marshallplan-Verwaltung, aus dem kürzlich in einem Artikel der britisch kontrollierten Zeitung „Die Welt" zitiert wär. Diesem Artikel zufolge ist in dem Memorandum der Adenauer Regierung zum Ausdruck gebracht.

„daß eine Arbeitslosigkeit von 1.78 Millionen für Jahre unvermeidlich und die Regierung dieser Entwicklung gegenüber relativ machtlos sei".

Die Zahl von 1,78 Millionen ist bereits überschritten. Schon gibt es in Westdeutschland und Westberlin zusammen rund 2,3 Millionen Arbeitslose.

Die Stabilität der Preise und Währung würden gefährdet werden, ist in dem Memorandum der „Welt" zufolge weiter gesagt,

„wenn größere Beträge für den Wohnungsbau und andere Arbeitsmöglichkeiten bereit gestellt würden. Es müßten nämlich mehr Rohstoffe und auch Lebensmittel eingeführt werden, wenn die jetzt Arbeitslosen beschäftigt würden und somit vielleicht mehr Essen, mehr Textilien und mehr Schuhe kaufen könnten. Für die Einfuhr von mehr Lebensmitteln und mehr Textilrohstoffen fehlen aber die Dollars. Die Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung seien daher nicht möglich".

Bleibt arbeitslos und hungert weiter! Das also ist der Sinn von Adenauers Memorandum.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist man anderer Meinung. Der Leiter des Amtes für Informationen, Gerhard E i s l e r, erklärte vor ausländischen Pressevertretern:

„In sechs Wochen kann die Arbeitslosigkeit in Westberlin und in sechs Monaten in Westdeutschland beseitigt werden, wenn die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage hergestellt ist."

Die Politiker und Wirtschaftler der Deutschen Demokratischen Republik können eine solche Behauptung aufstellen, denn sie haben dafür den Wahrheitsbeweis in der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik — die frei von Krise, Verschuldung und Arbeitslosigkeit ist — angetreten.

Professor K u c z y n s k i bewies vor den Pressevertretern an Hand offizieller Zahlen aus Westdeutschland und Westberlin, daß sich bereits seit der Währungsreform die wirtschaftliche Situation in Westdeutschland verschärft und zur Krise entwickelt hat.

Die Arbeitslosigkeit ist in Westdeutschland von 442 000 im Juni 1948 auf 743 000 im Dezember 1948; 1,2 Millionen im Juni 1949 und 1,7 Millionen im Dezember 1949 gestiegen (inzwischen sind weitere 200 000 Arbeitslose hinzugekommen). Die registrierte Arbeitslosigkeit in Westdeutschland hat damit die Durchschnittshöhe der Arbeitslosigkeit der Krise von 1929-32 erreicht, in Westberlin mit 300 000 — das sind 32 Prozent der Erwerbstätigen — sogar den Höchstpunkt der damaligen Krise. (Hinzu kommen die Hunderttausende nicht registrierter Arbeitsloser ohne festen Wohnsitz in ganz Westdeutschland). Gleichzeitig ist seit Dezember 1948 praktisch ein Lohnstop eingetreten, dem jedoch kein Preisstop gegenüberstand. Nach den Berechnungen des Gewerkschafts-Wissenschaftlichen Instituts in Köln lagen die Geldlöhne um 28 Prozent über dem Niveau von 1938, die Lebenhaltungskosten aber um 85 Prozent über dem Niveau von 1938; d. h., der Reallohn ist um 31 Prozent gegenüber 1939 gesunken.

„Für den industriellen Interessenten", schreibt der sozialdemokratische „Telegraf" am 22. 1. 1950, „ist diese Massenarbeitslosigkeit gleichbedeutend mit niedrigen Löhnen, und von diesen erhofft er in erster Linie die Möglichkeit zu einem sozialen Dumping, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben."

Daß er sich weniger um die „Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt" handelt, beweist das Verhältnis Löhne - Profite. Das Verhältnis von Löhnen und Profiten in der Gesamtindustrie betrug im Juni 1949 83 Prozent für Löhne und 17 Prozent für Profite, im März 1949 39 Prozent für Löhne und 61 Prozent für Profite. Es hat sich also beträchtlich zugunsten der Profite entwickelt.

Aehnlich wie in den Kolonien ist in Westdeutschland eine Steigerung der Arbeitsleistung allein durch Mehrarbeit und nicht durch Verbesserung der Maschinen usw. erfolgt. In einer Veröffentlichung der Berliner Zentralbank (im westlich lizenzierten „Kurier" vom 21. 1. 1950) wird ganz offen zugegeben, daß diese erhöhte rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft das Heer der Arbeitslosen ständig vergrößert. Danach ist der Zuwachs an registrierten Arbeitslosen „zu 19 bis 21 Prozent auf bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte zurückzuführen" Das bedeutet aber außerdem noch, daß die moderne Industriearbeiterschaft Deutschlands ihre Qualifikation unter der imperialistischen Kolonialpolitik verliert. Ein deutlicher Beweis dafür ist das geringe Lehrstellenangebot für Schulentlassene, von denen der größte Teil ohne fachliche Ausbildung bleiben wird.

Seit Februar 1949 ist die westdeutsche Produktion kaum mehr gestiegen; zu dieser Stagnation kam die Verschuldung durch den nichtausgeglichenen Außenhandel. Die Einfuhr überstieg in den ersten elf Monaten des Jahres 1948 die Ausfuhr um 1.1 Milliarden Mark; in den ersten elf Monaten 1949 betrug der Einfuhrüberschuß 2.9 Milliarden Mark. In den ersten zehn Monaten 1949 kamen 40 Prozent der eingeführten Güter aus den Vereinigten Staaten, während in derselben Zeit nur 5 Prozent nach den USA ausgeführt werden konnten (gegenüber 8 Prozent des Jahres 1936).

Einfuhrüberschüsse aber bedeuten im Falle Westdeutschland Verschuldung. Insgesamt beträgt sie 13 Milliarden Mark. Das ist die Frucht der Marshallisierung, die ja eigentlich schon lange vor der Inkraftsetzung des Marshallplans begonnen hat mit der Politik der Handelsbeschränkungen, so auch der Beschränkung des Handels und Wandels mit dem Osten unseres eigenen Vaterlandes. Die Unterbindung des Handelsverkehrs mit den Ländern der Volksdemokratie und der Sowjetunion wirkt sich auf die westdeutsche Wirtschaft verhängnisvoll aus.

Die Politik des friedlichen demokratischen Aufbaus — ohne Monopolisten, Kriegs- und Währungsgewinnler und Großgrundbesitzer — die Politik der Freundschaft mit den Kräften des Friedens und des Sozialismus haben die Deutsche Demokratische Republik vor Krisen und Arbeitslosigkeit bewahrt. Dort ist im Volkswirtschaftsplan 1950 sogar noch eine Erhöhung der Beschäftigten um 250 000 vorgesehen. Dort werden Lehrstellen und Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugend vermehrt. Deshalb ist unumstößlich wahr, was Professor Jürgen Kuczynski auf der Pressekonferenz — von den ausländischen Pressevertretern unwiderlegt — sagte:

„Wenn wir ein unabhängiges und einheitliches Deutschland haben, werden alle entscheidenden Schwierigkeiten in Westdeutschland und Westberlin beseitigt werden können." W. F. C.

## Von der Einfuhr „Eiserner Lungen" unabhängig geworden

**Leipzig.** (EB) Die erste von der Leipziger Firma E. Zimermann hergestellte Eiserne Lunge wurde vom Minister für Arbeit und Gesundheitswesen, Luitpold Steigle, in einer Leipziger Poliklinik besichtigt. Minister Steigle dankte den Leipziger Konstrukteuren für ihre bedeutsame Leistung auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. Steigle wies darauf hin, daß die Neukonstruktion alle bisher bekannten in- und ausländischen Fabrikate dieser Art übertrifft und betonte, daß die Deutsche Demokratische Republik bei der Bekämpfung der Kinderlähmung von der Einführung Eiserner Lungen unabhängig geworden ist.

# Pressestimmen

**Gedanken der Einheit und der Nationalen Front im Wachsen**

Die Russen, die über dieses Problem (die deutsche Einheit, d. Red.) anscheinend realistischer als die Amerikaner denken, verstehen die Tiefe des Gefühls in diesem Lande für eine Wiedervereinigung. Im Kopf der Volksmassen waren Einheit und Nationale Front bisher kommunistische Ziele, eine Situation, die sich gegen die Westmächte und die demokratischen Deutschen auswirken wird, wenn Deutschland vielleicht wieder vereinigt ist. Tatsächlich scheint in den Beratungen der Hohen Kommission eine Tendenz festzustellen zu sein, die nicht nur die Anziehungskraft des Einheitsgedankens auf den Durchschnittsdeutschen geringschätzt — möglicherweise, weil Dr. Adenauer den Hohen Kommissaren erklärte, daß sie nicht besteht —, sondern auch die Tiefe des Wunsches nach der Beendigung der Basatzung . . .

Der Fortschritt der Bewegung zur Erreichung dieser Ziele hängt vorwiegend von den Handlungen der Sowjetunion ab. Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die Russen ihrer gnstigen Position bewußt sind und eine gute Gelegenheit abwarten, um ihr Angebot zu machen. Dies wird, wann immer es geschehen mag, eine größere Krise in der deutschen Politik zur Folge haben. „New York Times"

**Amerikanischer Boykott breitischer Waren**

Der Fall des Kraftwerkes in Seattle, für den zwei englische Voranschläge zugunsten eines teureren amerikanischen zurückgewiesen wurden, ist nicht das erste Beispiel für das Bestreben der Amerikaner, die Briten zu hindern, stärker auf dem amerikanischen Markt Fuß zu fassen. Die amerikanischen Textil-, Spielzeug- und Lederindustrien haben seit Wochen eine „Anti-Import"-Kampagne durchgeführt, die mindestens ebenso heftig war, wie die unsrige, die Exporte nach den Dollarländern zu erhöhen. Britische Spielzeuge wurden von der jährlichen Spielzeugmesse in New York ausgeschlossen, und es wurde ihnen Reklameraum in den amerikanischen Fachzeitschriften versagt. Ganzseitige Anzeigen von Handelsgesellschaften begannen in amerikanischen Fachzeitschriften zu erscheinen, die die Amerikaner vor einer drohenden Invasion fremder Waren warnen, die als „eine Gefahr für den amerikanischen Lebensstandard und ein Schlag gegen die Kaufkraft des Volkes" gekennzeichnet werden.

All dies ist nicht sehr überraschend. Man hatte immer gewichtige Gründe, den leichten Optimismus der wirtschaftlichen Lehrmeinung anzuzweifeln, die von Mr. Snyder und Mr. Hoffmann vertreten wird und besagt, daß, wenn wir nur „die richtigen Waren zum richtigen Preis und mit der richtigen Verkaufstaktik anbieten", der amerikanische Markt sie aufnehmen würde.

„The Observer", London

**Unterdrückung der einzige Ausweg**

Die Bedeutung dieser Maßnahmen (der der französischen Regierung gegen die demokratischen Organisationen. D. Red.) ist klar. Unfähig, die Bewegung eines ganzen Volkes zu spalten oder zu schwächen, das gegen ihre Politik des Verrates, des Elends und des Krieges eng zusammensteht, über die Entrüstung des Landes angesichts der Skandale (vor allem des Korruptionsskandals Revers-Mast. D. Red.) die sie deckten, und über die Verfaultheit ihres eigenen, dem Tode geweihten Regimes aufgeschreckt, sehen diese traurigen Personen, die uns regieren, nur noch einen Ausweg. Dieser Ausweg ist die Unterdrückung, der Bruch ihrer eigenen Legalität, der Gehorsam gegenüber dem Diktator-Lehrling (de Gaulle. D. Red.) für den Fall, daß es sich als notwendig erweisen sollte, die ungenügende Polizeigewalt durch den faschistischen Terror zu vervollständigen.

„l'Humanité, Paris.

**USA verlieren Prestige**

Die Aussichten auf eine Uebereinstimmung in der britischen und amerikanischen Politik hinsichtlich Chinas scheinen immer schlechter zu werden, während die Vereinigten Staaten in eine Position hineinkommen, aus der sie sich fast unmöglich ohne einen schweren Prestigeverlust zurückziehen können.

„The Economist"

**Vertrauen zur Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik**

Wenn alle Nahrungsmittel mit Ausnahme von Fleisch und Fett dieses Jahr frei zu haben sein werden, gibt es wenig Anlaß die optimistische östliche Voraussage zu bezweifeln, daß die „freien" Preise in den HO-Läden irgendwann im Jahre 1951 von ihrer augenblicklichen „grauen Markt"-Höhe auf ein Niveau herunterklettern, das dem Lohnniveau der Ostmark besser angepaßt ist.

„The New Statesman and Nation"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

# Die deutsche Jugend kennt keine Zonengrenzen

**Berlin.** Zu dem großen Friedenstreffen der deutschen Jugend Pfingsten 1950 in Berlin sind gewaltige Vorbereitungen im Gang. Der Millionenverband der Freien Deutschen Jugend hat in allen Teilen Deutschlands eine große Aktivität entfaltet, um das Treffen zu einem überwältigenden Erfolg werden zu lassen.

**Vorbereitungen in Westdeutschland**

In Westdeutschland wurde vor wenigen Tagen das zentrale westdeutsche Komitee zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend gegründet. Ihm gehören die Vertreter der verschiedensten Organisationen an. Daneben bestehen bereits in allen Ländern und Kreisen Westdeutschlands über 60 vorbereitende Landesausschüsse. über die sich die Organisierung der Fahrt der westdeutschen Jugend nach Berlin abwickeln wird.

Die Freie Deutsche Jugend selbst hat in Westdeutschland einen Plan aufgestellt, der die größte Unterstützung des Deutschlandtreffens zum Ziel hat. In einer groß angelegten Werbeaktion ihrer Gruppen wird sie die westdeutsche Jugend gewinnen für die Fahrt nach Berlin.

Bereits ist eine große SolidaritätsAktion der FDJ-Mitglieder im Gang. In allen Gruppen werden Sparkarten ausgegeben, für die die Jugendfreunde freiwillig Sparmarken einkleben. Damit wird durch eine gemeinsame Aktion aller Jugendfreunde, gleichgültig, ob sie selbst mitfahren können oder verhindert sind, die Friedensfahrt der westdeutschen Jugend nach Berlin finanziert.

Als nächste Etappe in der Vorbereitung des Deutschlandtreffens ist für Westdeutschland am 25. u. 26. Februar eine Funktionärkonferenz der FDJ. vorgesehen. die die bisherigen Ergebnisse der Vorbereitung zusammenfassen soll. Außerdem wird sie sich auch mit dem Aktionsprogramm der FDJ in Westdeutschland beschäftigen, das momentan als Entwurf Gegenstand wichtiger Diskussionen in den FDJ-Gruppen ist.

**. . . und das Programm in Berlin**

Die ersten Meldungen über das vorgesehene Programm in Berlin haben bei der westdeutschen Jugend stürmische Begeisterung ausgelöst. Heute schon kann man sagen, daß das Deutschlandtreffen der Jugend wirklich zu dem bisher größten Ereignis in der Geschichte der deutschen Jugendbewegung werden wird.

Eingeleitet werden die Festtage durch die Eröffnung der „Republik der Kinder", einem großen Zeltlager für 20 000 Kinder im Alter von 12—14 Jahren in der Wuhlheide bei Berlin.

Am Pfingstsamstag erfolgt der feierliche Empfang der ausländischen Gäste. Aus mehr als 80 Nationen haben bereits die Vertreter der demokratischen Jugend ihr Kommen zugesagt. Mit besonderer Spannung wird die Delegation der sowjetischen Jugend, des großen Komsomol, und des befreiten China erwartet werden, die die Ankunft einer großen Volkstanz- und Kulturgruppe angekündigt hat. Weiter wird der Präsident des Weltbundes der demokratischen Jugend, Guy de Boisson, anwesend sein.

Am selben Tag wird die deutsche Jugend am Ehrenmal der Sowjet-Armee im Treptower Park zu Ehren der gefallenen sowjetischen Soldaten Kränze niederlegen.

**Der Aufmarsch der 500 000 Friedenskämpfer**

Am Pfingstsonntag geht das Deutschlandtreffen seinem ersten Höhepunkt entgegen. Am Morgen wird der große „Kongreß der 10 000 jungen Friedenskämpfer" beginnen. Während derselben Zeit werden Hunderte von Jugendaktivgruppen mit zusammen 20 000 Teilnehmern in ganz Berlin eine große Werbeveranstaltung für den Frieden, für die Einheit Deutschlands und seiner Hauptstadt durchführen.

Höhepunkt des Deutschlandtreffens der Jugend wird am Nachmittag des Pfingstsonntag der große Aufmarsch der 500000 Friedenskämpfer im Lustgarten sein. Dort werden der Präsident des Weltbundes der Demokratischen Jugend, Guy de Boisson, die Vertreter der internationalen Jugendbewegung, die ausländischen Delegierten und die Vertreter der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland sowie der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur deutschen Jugend sprechen.

**500 000 Friedensfackeln**

Abends beginnt im Treptower Park das Fest der Jugend, bei dem die 500 000 Friedensfackeln aufleuchten werden und ein großes Feuerwerk abgebrannt werden wird.

Am Montag findet das Fest der Jugend seine Fortsetzung. Auf allen Plätzen und Straßen, in den Theatern und Kinos werden umfangreiche Kulturveranstaltungen für die Jugend abgehalten werden. Werbeaktivs der FDJ entfalten ihre Aufklärungsarbeit. Gäste aus allen Erdteilen wohnen dem großen Kulturwettstreit der FDJ bei. Der Weltbund der Demokratischen Jugend hat zwei wertvolle Friedenspreise gestiftet für die Kultur- und Sportwettbewerbe beim Deutschlandtreffen. Außerdem wird der Weltbund der Demokratischen Jugend den erfolgreichsten Ländern im Kampf um den Frieden Fahnen des Weltbundes verleihen.

**Die großen Sportkämpfe**

Der Montag ist auch der Tag der großen Sport-Wettbewerbe, an denen 40 000 aktive Sportler teilnehmen werden. So sind vorgesehen: ein großer leichtathletischer Wettbewerb, Schwimmkämpfe, Wassersportveranstaltungen, Radsport, ein internationales Fußballspiel, ein großer Staffettenlauf durch ganz Berlin, eine Motorsternfahrt und eine Radrundfahrt durch alle Teile Deutschlands. Wie wir erfahren, sind an die Behörden von Westberlin Anträge gerichtet worden, die Benutzung des Olympia-Stadions für die große Veranstaltung der deutschen Jugend zu gestatten. Die Eissporthalle auf dem Gelände des Zentralviehhofs und zahlreiche Sportplatz-Bauten und Vergrößerungen werden jetzt durch den Einsatz jugendlicher Aktivisten in Angriff genommen. Bereits sind die ersten 1000 Jugendlichen in Berlin eingetroffen.

Große Projekte sind noch zu verwirklichen. Die Jugend hat sich das Ziel gesetzt, Berlin bis zu ihrem Kampf- und Festtag größer und schöner zu gestalten denn je. Neben Wohnhäusern wird das Stadion Mitte für 70 000, das Eissportstadion für 10 000, der Sportplatz der Cantianstraße für 12 000 Zuschauer hergerichtet werden.

**„Mit oder ohne Interzonenpaß"**

Aus Westdeutschland werden in Berlin zum Deutschlandtreffen 50 000 junge Menschen erwartet. Erich Honecker erklärte dazu, daß diese 50 000 westdeutschen Jugendlichen unter allen Umständen in Berlin sein würden. „Wir erwarten, daß die Westbehörden die nötigen Interzonenpässe ausstellen", erklärte Erich Honecker. „Im übrigen, die deutsche Jugend kennt keine Zonengrenzen. Seien Sie versichert, die deutsche Jugend wird nach Berlin kommen, mit oder ohne Interzonenpaß."

Welcher deutsche Junge, welches deutsche Mädel möchte nicht diese herrlichen Tage miterleben.

**Deutsche Jugend, mehr denn je:**

**Auf zum Deutschlandtreffen der Jugend, Pfingsten 1950 in Berlin!**

**Berlin ist und bleibt die deutsche Hauptstadt!**

**Für Frieden, nationale Einheit und Unabhängigkeit!**

## Blick in die Welt

**Der preisgekrönte Hund**

Als sich unlängst in New York Einbrecher mit dem Silbergeschirr und den Schmucksachen aus der Wohnung des Kaufmanns Horton Brown entfernten, schlug sein preisgekrönter irischer Setter nicht an. Dafür zerriß er jedoch dem am Tatort zwecks Aufnahme von Recherschen erscheinenden Polizisten die Hose in Fetzen.

**Verräterische Eitelkeit**

Ein Bankräuber in Kanada wurde in einem Steckbrief als 40 bis 45 Jahre alt beschrieben. Darob entrüstet wandte er sich in einem Brief an die Zeitung und teilte mit, er sei nur 34 Jahre alt und sehe keinen Tag älter aus. Mit Hilfe dieses Briefes konnte er verhaftet werden.

**„Förderer" des Humanismus**

Der amerikanische Jurist G. Armstrong bot kürzlich einem Gymnasium in Washington 50 Millionen und einer methodistischen Universität in Dallas (Texas) fünf Millionen Dollar als Unterstützung an, wenn diese Institute in ihrem Lehrkörper nur Personen angelsächsischer Abstammung beschäftigen und Juden vom Besuch der Vorlesungen ausschließen würden. Die Institute sollen die „Schenkungen" abgelehnt haben.

**51 Kandidaten für Nobelpreis**

51 Kandidaten sind für die beiden in diesem Jahre zu verleihenden Literatur-Nobelpreise vorgeschlagen worden. Wie der Sekretär des literarischen Nobelkomitees, Dr. Anders Oesterling, mitteilte, erklärt sich die hohe Zahl der vorgeschlagenen Kandidaten dadurch, daß das Vorschlagsrecht auf den Kreis der Preisträger, den Penclub und auf nationale Schriftsteller-Vereinigungen ausgedehnt wurde. Im Vorjahre waren 38 Vorschläge eingegangen, von denen jedoch keiner die Majorität der achtzehn schwedischen Akademiker auf sich vereinigen konnte.

## Prof. Blackett antwortet den Atombomben-Hetzern

Die westlich orientierte Presse bemüht sich krampfhaft, die Verantwortung für den Beschluß der USA, die Wasserstoff-Atombombe herzustellen, der Sowjetunion in die Schuhe zu schieben.

Diesem dreisten Schwindel steht jedoch die Tatsache gegenüber, daß es gerade die Sowjetunion war, die sich ununterbrochen bemüht hat, ein Verbot und eine Vernichtung der Atombomben und zu diesem Zweck ein internationale Kontrolle herbeizuführen. Um diesen sowjetischen Vorschlägen auszuweichen, haben die USA den sogenannten Baruchplan ausgedacht, der an Stelle einer internationalen Kontrolle ein amerikanisches Welt-Atomenergie-Monopol errichtet hätte, die Vernichtung der amerikanischen Atombomben aber nicht vorgesehen hatte.

Der berühmte englische Atomphysiker und Nobel-Preisträger Prof. P. M S. Blackett, der zugleich während des zweiten Weltkrieges hohe militärische Funktionen bekleidete und die militärpolitischen Zusammenhänge wie kaum ein zweiter kennt, hat in seinem Buch „Militärische und politische Folgen der Atomenergie" aus der internationalen Diskussion genau diese Schlußfolgerungen gezogen. Professor Blackett ist, wie der amerikanische Professor an der Columbia-Universität, Rabi, feststellt, „ein Engländer mit gutem wissenschaftlichem Ruf". Er kommt zu den folgenden Schlußfolgerungen:

„(Nach dem Baruch-Plan) . . . würde sich ein Land, wie die Sowjetunion. welches versuchte, Atomenergie zu einer Kraftquelle zu entwickeln — selbst wenn dies zu durchaus friedlichen Zwecken geschähe — des Vergehens einer „vorsätzlichen Einmischung in den Tätigkeitsbereich der Behörde" schuldig machen und sich damit unmittelbar den für solche Fälle vorgesehenen Strafmaßnahmen aussetzen. Der Baruch-Plan hätte ein Programm zur Verbesserung der sozialen Lage zu einem internationalen Verbrechen gestempelt . . .

Die Durchführung einer derart uneingeschränkten Kontrolle hätte den Aufsichtsbeamten der UNO — und folglich dem amerikanischen Generalstab — eine fast vollständige Liste aller lohnenden Angriffsziele in der Sowjetunion geliefert — wenn eine solche Kontrolle nicht überhaupt zu einem vollständigen militärischen und industriellen Spionagesystem ausgebaut worden wäre. In einem Dokument des amerikanischen Kriegsministeriums, das im Frühjahr 1947 dem Kongreß vorgelegt wurde, finden wir die Bemerkung, daß erst nach Ablauf von 5 Jahren (!) nach der Errichtung einer internationalen Kontrolle die Vernichtung des amerikanischen Atombomben-Vorrats in Frage kommen könne . . .

Es ist interessant, die Frage aufzuwerfen, was geschehen wäre, wenn die Rollen von Amerika und der Sowjetunion vertauscht worden wären . . . Nehmen wir an, die Sowjetunion hätte nun einen Kontrollplan, wie den Baruch-Plan —, aber mit vertauschten Rollen — vorgeschlagen, wobei unmittelbare internationale Eigentumsrechte, Verwaltungs- und Kontrollkommission vorgesehen, die Aechtung und Zerstörung der Bomben jedoch noch um einige Jahre aufgeschoben und selbst dann im wesentlichen von der Zustimmung der Sowjetunion abhängig gemacht worden wären. Wenn sich die Ereignisse so abgespielt hätten, würden dann die Westmächte einen solchen Plan als „eine der großzügigsten Gesten aller Zeiten" begrüßt haben? . . .

Die Annahme des Baruch-Planes hätte dazu geführt, daß jede tatsächliche oder vermeintliche Verletzung des Abkommens hätte zum Anlaß genommen werden können, um durch einen Mehrheitsbeschluß einen dritten Welkrieg zu entfesseln . . . Nachdem sich die Vereinten Nationen im Prinzip für eine internationale Kontrolle entschieden hatten, gingen die besagten Kreise (der USA) offen dazu über, eine vollständig einseitige und deshalb für die Sowjetunion unannehmbare Form der Kontrolle zu fordern . . .

Wie weit die endgültigen sowjetischen Vorschläge der Forderung nach einer angemessenen Ueberwachung aller nationalen Atomenergie-Anlagen durch eine internationale Kontrollbehörde Rechnung tragen, tritt in den einzelnen Abschnitten der sowjetischen Gegenvorschläge klar zutage. Das Personal der Kontrollkommission sollte auf internationaler Basis ausgewählt werden, unter anderem Zutritt zu allen Bergwerken, Betrieben und Lagern haben und diese regelmäßig kontrollieren. Der Kommission selbst sollte das Recht eingeräumt werden, in dem zur Ausübung ihrer Positionen erforderlichen Ausmaß Forschungsarbeiten zu betreiben und sich über den Produktionshergang zu orientieren . . .

Die sowjetische Regierung forderte, daß mit der Aechtung der Atomwaffen der erste Schritt zur Einführung einer Kontrolle getan werde und daß erst dann die Errichtung eines Kontrollsystems erfolgen solle . ."

Diesen Ausführungen eines objektiven unparteiischen englischen Wissenschaftlers wollen wir noch zwei weitere Stimmen von vielen aus dem nichtkommunistischen Lager hinzufügen, die die Heuchelei der amerikanischen Propaganda kennzeichnen. Das bürgerliche schwedische Blatt „Stockholms Tidningen" schrieb am 27. September 1949:

„Wäre der Abschluß eines solchen Uebereinkommens, wie es Wyschinski vorgeschlagen hat, nicht ein Gewinn? Das könnte nie schaden, höchstens vielleicht denen, die in gesteigerten Aufrüstungen auf allen Gebieten das Mittel sehen, einen Krieg zu gewinnen . . ."

Der Labour-Abgeordnete D. N. Pritt schrieb in der englischen Wochenzeitschrift „News Statesman and Nation" am 8. Oktober 1949:

„Wer sagt, daß Wyschinskis Appell russische Propaganda sei, zeigt damit, daß er ein Opfer der schlimmsten Art amerikanischer Propaganda geworden ist, deren Technik darin besteht, solange wie möglich vorzutäuschen, als ob die Russen nichts böten. Die weitgehenden Angebote der Sowjetunion sind sicherlich ausreichend, um von einem Staatsmann, der den ehrlichen Wunsch hat, die Kriegsgefahr zu verringern, in Erwägung gezogen zu werden . . . Die normalen und anständigen Amerikaner erkennen, daß die Sowjetunion in keiner Weise auf einen Krieg hinarbeitet."

**Evangelische Kirche wünscht Leipziger Bachkantaten**

Der württembergische evangelische Landeskirchentag hat den Intendanten des Süddeutschen Rundfunks, der die Bachkantaten aus Leipzig als einziger Sender in der westdeutschen Bundesrepublik nicht übertragen will, dringend gebeten, diese Sendungen auch zu übernehmen. Die Uebertragung sei für den deutschen Rundfunk eine politische Aufgabe ersten Ranges. In der Entschließung des Landeskirchentages wird die Absicht der übrigen westdeutschen Sender begrüßt, die Kantaten aus Leipzig zu übernehmen.

## 90 Mill. Rubel für Bergarbeiter-Eigenheime

### Das gewaltige Wohnbauprogramm der Sowjetunion

Die Sorge für den Wohlstand der Bevölkerung ist oberstes Gesetz der sowjetischen Wirtschaftsplanung. Die Ausgaben für die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen gehen im sozialistischen Staat vor allen anderen öffentlichen Ausgaben. Für die Leistungen, die die Sowjetunion seit Kriegsende auf dem Gebiet des Wohnungsbaues vollbracht hat, gibt es in der ganzen übrigen Welt keinen Vergleich.

Nicht nur in den vom Kriege zerstörten westlichen Ländern gibt es heute Wohnungsnot und Wohnungselend, auch in Amerika, das fern vom Kriegsschauplatz lag, hausen Hunderttausende in Slums und Barackenvierteln, leben Millionen in den Großstädten zusammengepfercht aus Mangel an Wohnraum. Aber in keinem der kapitalistischen Länder konnte bisher der Wohnungsnot entschieden gesteuert werden. Im Gegenteil, das Wohnungselend der Massen hat sich überall vergrößert. Profitwirtschaft und Rüstungswahn verhindern jede durchgreifende soziale Maßnahme von seiten der kapitalistischen Regierungen. Anders in der Sowjetunion.

Die Bevölkerung des Sowjetlandes hat seit Kriegsende bis 1949 mit Hilfe großzügiger staatlicher Kredite und auf Initiative der staatlichen Unternehmen und örtlichen Sowjetverwaltungen 72 Millionen Quadratmeter Wohnraum neu erbaut beziehungsweise wiederhergestellt. In dieser Zeit wurden 2,3 Millionen Häuser aufgebaut oder wiederhergestellt.

Ueber eine halbe Million Einwohner von Moskau haben bereits im Laufe der vier Nachkriegsjahre neue Wohnungen bezogen. Aber ein Bauprogramm größten Ausmaßes ist in der Hauptstadt der Sowjetunion jetzt im Gange, das in großzügiger Weise die Wohnbedürfnisse dieser Weltstadt erfüllen wird. Die sowjetische Bauindustrie hat sich dabei für die Ausführung von Standardprojekten entschlossen, die bei Anwendung fortschrittlicher Arbeitsmethoden eine außerordentliche Beschleunigung der Errichtung von großen Wohnhäusern ermöglichen. Die Bauzeit für die Errichtung von fünfstöckigen Häusern konnte in Moskau durch die Verwendung neu konstruierter Spezialmaschinen und Geräte auf 90 Tage, das ist ein Viertel der vorher notwendigen Zeit, verkürzt werden.

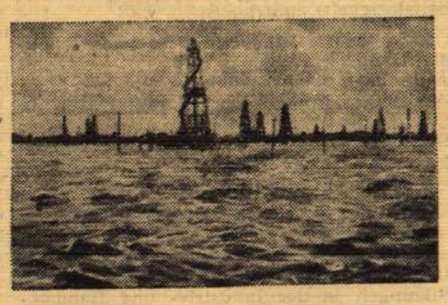
Ein grandioses Bauprogramm verwirklicht die Sowjetunion gegenwärtig in den großen Kohlengebieten, in den Städten des Donezbeckens, des Kusnezbeckens, des Urals und des Moskauer Kohlenbeckens. Ueber 1 600 000 Quadratmeter Wohnraum sind allein im Jahr 1949 für die sowjetischen Bergarbeiter gebaut, Hunderte neuer Kulturpaläste, Schulen, Warenhäuser, Restaurants, Kinos, Krankenhäuser und Kindergärten sind in den Städten der Kohlenreviere der Sowjetunion neu errichtet worden, und in zahlreichen Gebieten entstanden neue Bergarbeiterstädte. 90 Millionen Rubel gewährte der Sowjetstaat allein im Jahre 1949 den Bergarbeitern für den Bau von Eigenheimen, die zu Tausenden aus dem Boden wachsen.

—C.

## „Insel der Verzweiflung" in blühendes Land verwandelt

Weit östlich von Moskau, vor der pazifischen Küste Sibiriens, liegt die tausend Kilometer lange Insel Sachalin, deren Gestalt an einen riesigen Fisch erinnert.

Im Jahre 1850 machte die zaristische Regierung Sachalin zum Verbannungsort. Der große russische Schriftsteller A. P. Tschechow, der die Insel vor 60 Jahren besuchte, hat in seinem berühmten Buche „Die Insel Sachalin" die Schrecken der zaristischen Zwangsarbeit auf der „Insel der Verzweiflung" geschildert: grausame, körperliche Züchtigungen und schwerste Arbeit für die



Die Erdölförderung auf der Insel Sachalin ist nicht so schwierig wie unser Bild zeigt. Dort wird das Oel vom festen Boden aus gefördert. Die Bohrtürme, die auf unserem Bilde wagemutig ihre schlanke Silhouette aus dem Wasser emporsteigen lassen, stehen im Kaspischen Meer, wo, wie wir unlängst berichteten, kühne sowjetische Forscher, Ingenieure und Arbeiter die gewaltigen Erdölvorkommen unter dem Meeresgrund erschließen

Deportierten, diebische zaristische Beamte, Hunger und Schmutz, die Deportierten manchmal fünfundzwanzig Jahre lang mit Händen und Füßen an die Karren geschmiedet . . .

Als die zaristische Regierung Sachalin zum Zuchthaus machte, verfolgte sie damit das Ziel, die Insel zu besiedeln. Nach Ablauf ihrer Strafzeit sollten die Deportierten als landwirtschaftliche Siedler auf der Insel bleiben. Aber das war ein Versuch mit untauglichen Mitteln. „Von hier laufen sie alle fort, die Sträflinge, die Siedler und die Beamten", sagte der Gouverneur der Insel zu Tschechow. Die unwissenden zaristischen Verwaltungsbeamten wiesen den Siedlern Boden zu, der für landwirtschaftliche Zwecke ungeeignet war. Als landwirtschaftliche Geräte dienten in der Hauptsache Pikken, Hacken und von Pferden gezogenen Tannen an Stelle von Eggen. Wenn die Siedler sich ein paar Jahre abgequält hatten, flüchteten sie aufs Festland. Das Versagen dieser Zwangskolonisierung ließ die bis zur Oktoberrevolution vorherrschende Ansicht aufkommen, auf Sachalin sei keine Landwirtschaft möglich.

Trotz der gewaltigen Naturreichtümer war Sachalin in der zaristischen Zeit sehr schwach entwickelt. Abgesehen von einigen elend dahinvegetierenden Siedlungen war die Insel, die an Größe dem vierten Teil Deutschlands gleichkommt, völlig unbewohnt. Als die unfähige zaristische Regierung 1905 im Kriege gegen Japan unterlag, ging die südliche Hälfte von Sachalin verloren, wodurch Rußland der Ausgang zum Pazifik versperrt wurde.

Bald nach der Oktoberrevolution wurde Nordsachalin von japanischen Interventionstruppen besetzt. Die Japaner hausten auf der Insel volle fünf Jahre und beuteten ihre Reichtümer rücksichtslos aus. Nach ihrer Vertreibung begann die umfassende und rationelle Nutzbarmachung der Naturschätze von Sachalin. Im Rahmen der Stalinschen Fünfjahrpläne setzte im nördlichen Teil der Insel ein rastloser sozialistischer Aufbau ein. Schon 1880 hatte man auf Sachalin Erdöl entdeckt, aber erst in der Sowjetzeit wurde mit seiner Förderung begonnen. Heute gehören die Erdölvorkommen auf Sachalin zu den bedeutensten in der ganzen Sowjetunion. Hier gibt es die modernsten technischen Anlagen, und Tausende von Erdölarbeitern aus anderen Teilen des Landes haben ihre wertvollen Erfahrungen auf die Insel mitgebracht.

Die fast überall auf Sachalin festgestellten Steinkohlenlager, die besonders hochwertige, verkokbare Kohle enthalten, ermöglichten es, hier ein gewaltiges Kohlenrevier entstehen zu lassen. Mehr als die Hälfte der Insel ist mit Urwald bedeckt. Diese Wälder werden heute unter Verwendung von Maschinen für die arbeitsintensiven Prozesse planmäßig nutzbar gemacht. Es sind zahlreiche Säegewerke und mehrere Papierfabriken entstanden, die Papier von vorzüglicher Qualität liefern.

Die Gewässer um Sachalin sind sehr fischreich. Wenn die Lachse oder Heringe kommen, gleicht das Meer einem brodelnden Kessel. Tausende von Fischfangbrigaden fahren dann aufs Meer hinaus. Ihre reichen Fänge laden sie täglich an den Anlegestellen der Fischkombinate aus, die gesalzene, geräucherte und gefrorene Fische im Werte von vielen Millionen Rubeln und zahllose Büchsen mit erstklassigen Fisch- und Krabbenkonserven liefern. Im Zuge der Stalinschen Fünfjahrpläne sind an vielen Küstenpunkten Schiffswerften entstanden, auf denen Fischdampfer für die Fischereikolchosen gebaut werden.

Eine der großartigsten Leistungen der Sowjetmenschen war die umfassende Entwicklung der Landwirtschaft auf Sachalin. Die Sowjetmenschen haben durch die Praxis bewiesen, daß man fast überall auf der Insel Landwirtschaft treiben kann. Die wichtigsten Kulturen sind Hafer, Kartoffeln und Sommergetreide. Fast die gesamte Saatfläche wird mit Hilfe der Maschinen- und Traktorenstationen bearbeitet. Eine große Rolle spielt auf Sachalin der Gemüsebau. Dem Ueberfluß an frischem Gemüse ist es zu verdanken, daß der Skorbut, der früher hier eine wahre Geißel war, gänzlich verschwunden ist. Die Ernten werden ständig größer. So wurden zum Beispiel 1934 durchschnittlich 35 Doppelzentner Kartoffeln je Hektar geerntet. Vier Jahre später waren es schon 95 Doppelzentner, und im vergangenen Jahr ernteten die meisten Kolchosen auf der Insel 150 bis 160 Doppelzentner vom Hektar, obwohl auf Sachalin manchmal im Mai und Juni noch Schnee fällt.

Im September 1945 vertrieben die Sowjettruppen die japanischen Imperialisten aus Südsachalin und gaben damit der Heimat altes russisches Land zurück. Die Imperialisten hatten in den vierzig Jahren, die sie Südsachalin besetzt hielten, wie Räuber auf der Insel gehaust, nach dem Grundsatz „Nimm die Gelegenheit beim Schopfe!" Ohne wirtschaftliche Rücksichten beuteten dei Japaner die Fischbestände aus, holzten sie die Wälder bis zur Wurzel ab, rotteten sie die Robben und Seehunde aus. Gleich nach der Befreiung Südsachalins strömten zahlreiche neue Siedler aus den zentralen Gebieten der Sowjetunion nach der Insel. In den freien Ländereien ließen sich viele Tausende von Bauernfamilien aus der Gegend von Kursk, den Wolgagebieten und Westsibirien nieder. Der Staat unterstützte die neuen Siedler in großzügigster Weise. Jeder erhielt eine Kuh, ein Schwein und zwei Schafe. Die neuen Siedlungen erhielten Bretter und Balken für den Hausbau, Maschinen, Sämereien. Futtermittel und landwirtschaftliche Geräte. Nach vier Jahren hatten die Kolchosen festen Boden unter den Füßen und jetzt stehen sie in voller Blüte. Ihre Zahl vermehrt sich von Jahr zu Jahr. Die Kolchosbauern haben sich Zuchtvieh und Bienenstände anschaffen können. Sie züchten Obstbäume und Wassermelonen Die Erde von Sachalin ist reich, und die Siedler in den Kolchosen können alle ihre Kräfte spielen lassen.

Die Insel Sachalin, in der Zarenzeit ein kulturell besonders vernachlässigtes Randgebiet, ist heute mit einem dichten Netz von sieben und zehnklassigen Schulen bedeckt. Auch mehrere technische Lehranstalten sind vorhanden, auf denen die Fachkräfte ausgebildet werden, die die verschiedenen Industriezweige Sachalins benötigen, der Fischfang und die Fischverarbeitung, der Bergbau und die Oelraffinerien, der Schiffsbau und die Papierfabriken. Ferner gibt es eine pädagogische Fachschule. Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR hat auf Sachalin einen Stützpunkt. Den Inselbewohnern stehen zahlreiche Bibliotheken, Klubs, Theater und Zeitungen zur Verfügung.

Die Sachaliner führen heute ein frohes Leben in Wohlstand und Kultur. Mit ihrer schöpferischen Arbeit haben sie die „Insel der Verzweiflung" in ein blühendes Land verwandelt.

Fin.

## Polens Stellung zur DDR

### „Das wichtigste Ereignis in Europa"

Der polnische Premier-Minister Cyrankiewicz sprach auf der 75. Sitzung des gesetzgebenden Sejm über die innen- und außenpolitische Situation Polens sowie über seine wirtschaftlichen Erfolge. Hierbei unterstrich der polnische Premierminister die Stellung des polnischen Volkes zur Deutschen Demokratischen Republik. Cyrankiewicz sagte:

„Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik war das wichtigste Ereignis des Vorjahres auf dem europäischen Kontinent. Dieser historische Akt ist die Antwort des deutschen Volkes auf die Politik der USA, die darauf abzielt, Deutschland in ein koloniales Wirtschaftsgebiet und zur Basis eines künftigen Krieges umzuwandeln. Im Gegensatz hierzu findet die auf das Potsdamer Abkommen gestützte, konsequente Politik der Sowjetunion ihren Ausdruck in der Ausrottung der Wurzeln der Eroberungssucht in Deutschland, in der tatsächlichen Demokratisierung Deutschlands und in der Festigung des Friedens. Mit der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik hat das deutsche demokratische Lager einen wichtigen Schritt getan und gezeigt, daß es auf dem Wege ist, aus den beiden Weltkriegen die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Dieses Ereignis — fuhr Cyrankiewicz fort — ist für Polen von ganz besonderer Bedeutung, denn die Deutsche Demokratische Republik stellt eine der wichtigsten Garantien dar für die friedliche Entwicklung der polnisch-deutschen Beziehungen. Das polnische Volk, das von seiten der Hitler-Aggressoren so furchtbare Verluste erlitten hat, ist sich der Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit dem deutschen Volke bewußt, und hegt die Ueberzeugung, daß es den demokratischen Kräften Deutschlands, mit der Fortsetzung ihrer bisherigen Arbeit gelingen wird, das deutsche Volk im Geiste des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit zu erziehen.

Die Tatsache, daß es auf der anderen Seite der Oder und Neiße die deutsche Republik gebildet wurde, die als einen ihrer ersten politischen Schritte und als Antwort auf die revisionistischen und Revanchepläne des Herrn Adenauer und Konsorten, als Antwort auf die anti-sowjetischen und anti-polnischen Auslassungen der Herren aus Bonn, die Anerkennung unserer Westgrenze als Friedensgrenze ausgesprochen hat — diese Tatsache ist für das polnische Volk von historischer Bedeutung."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## „Platz für Körperbehinderte"

- - qu -. Ueberall dort, wo wir uns öffentlicher Verkehrsmittel bedienen, begegnen wir diesem Hinweis. Irgendein rühriger Zeitgenosse hat einmal die mahnungsvollen Worte an die Scheiben und Wände der Abteile geklebt, damit sie seine Mitmenschen übersehen. Es ist aber auch wirklich unangenehm, sagt sich der geruhsame Spießbürger, wenn man sich aus seiner gemütlichen Ecke erheben soll. Ist einmal Gefahr im Anzug, d. h. sichtet er auf der Plattform ein paar Krücken oder einen Stock, so verschanzt er sich sofort taktisch hinter der „Neuen Zeitung" und vertieft sich aufmerksam in einem Artikel „Ueber die Sorgen und Nöte unserer Kriegsbeschädigten". Er findet es in seiner bürgerlichen Behäbigkeit offensichtlich nicht angebracht, auf kleine Bequemlichkeiten des täglichen Lebens zu verzichten, nur weil ein anderer das „Pech" hatte, sein Bein einmal ausgerechnet in eine blödsinnige Schußrichtung gehalten zu haben.

Aehnlich ergeht es in ihrem krankhaften Phlegma unseren „Damen", die der Meinung sind, daß es auch für unsere Krüppel eine Ehre bedeuten muß, Kavalier der Nachkriegszeit zu spielen. Außerdem liest lich der „Liebes- und Leidensweg der Mrs. X" für 30 Pfennige angenehmer im Sitzen, als in diesem belästigenden Gedränge unter den stehenden Fahrgästen. Sie machen sich eigentlich genau so wenig Gedanken über die stille Mahnung dieser drei Worte und betrachten sie irgendwie in selbstherrlichen Augenblicken als Belästigung. „Mein Herr", funkeln dann ihre hochmütigen Blicke, „was erlauben Sie sich, unter den Folgen des Krieges leiden wir schließlich alle. Mein Mann, ein ehemals stolzer Offizier, ist heute ruiniert. Wir beziehen eine bescheidene Rente".

Beschämt ob solchem „großen Elend" tritt der plötzlich gesund Gewordene bescheiden den Rückzug an und wundert sich selbst über die Sinnlosigkeit der Inschrift „Platz für Körperbehinderte". Ja, wir leben eben in einer verkehrten Welt. Deshalb macht sich heute auch kein Mensch mehr ernstlich Gedanken über die zerschossenen Knochen seines Mitmenschen.

Oder bis du, lieber Zeitgenosse, anderer Meinung? Hast Du schon einmal in einem öffentlichen Verkehrsmittel an die gedacht, für die irgendwo ein bestimmter Platz reserviert ist? Es genügt nicht allein, daß die Verkehrsmittel mit dieser Berücksichtigung unseren Aermsten entgegenkommen, wir müssen auch etwas dazu tun und nicht nur in großspurigen Redensarten den äußeren Rahmen bewahren. Doch glücklicherweise gibt es auch noch andere.

## „Sofortmaßnahmen" nach dem Unfalltod

### Es gibt eine Verantwortlichkeit auch jenseits von Sachverständigengutachten und Vorschriften

Ein ausführliches Referat Bürgermeister Trumpfhellers leitete den Punkt der Tagesordnung ein, der sich in der gestrigen Stadtratssitzung mit dem entsetzlichen Straßenbahnunglück am 26. Januar 1950 in der Karl-Benz-Straße beschäftigte. Es war teilweise eine aktenmäßige Rekapitulation der bereits in der Oeffentlichkeit bekannten Ereignisse und Fesstellungen und teilweise eine Art geschichtlicher Rückblick auf Verhältnisse bei der Straßenbahn aus der Vorkriegszeit, die für die Erfordernisse von heute nicht einmal mehr als Vergleichsmaßstab Gültigkeit haben können.

Wieviel schöner wäre es doch gewesen, wenn die sechs unserer Mitbürger, die jetzt der kühle Rasen deckt, gesund und munter als Zuhörer bei der allgemeinen Straßenbahn-Debatte im Stadtrat hätten teilnehmen können. An einer Debatte, die nicht erst durch ein so schauerliches Unheil verursacht werden mußte.

Was nützt es den Toten und den Angehörigen der Verunglückten, daß der Sprecher der CDU-Fraktion die Erschütterung seiner Fraktion zum Ausdruck brachte? Was soll hier die Betonung selbstverständlicher Maßnahmen, um die Not der vom Unfall Betroffenen zu lindern? Was soll hier die Verschanzung hinter Sachverständigen-Gutachten und das Abwarten, bis die Gerichtsverhandlung Klarheit geschaffen habe, wie es der Sprecher der SPD-Fraktion proklamierte?

Wenn in dieser Stadtratssitzung das furchtbare Straßenbahnunglück auf die Tagesordnung gesetzt wurde, dann konnte das doch nur den Sinn haben, die Frage zu klären, ob von allen verantwortlichen Stellen — **den Stadtrat eingeschlossen** — alles getan worden ist, **um eine Wiederholung des Unfalls vom 29. November 1949 an der gleichen Stelle zu verhüten** und ob die erforderlichen und möglichen Vorbeugungsmaßnahmen zur Verhütung weiterer Unfälle an der gleichen Stelle rechtzeitig erkannt und getroffen worden sind. Und diese Frage konnte geklärt werden, ohne daß auf technische Einzelheiten des Unfalls, auf alle Sachverständigen-Aussagen und auf die gerichtliche Klärung über die unmittelbare Schuld beim Vorgang selbst gewartet zu werden brauchte.

Es war wirklich — „erschütternd" — um die Worte des CDU-Sprechers zu verwenden, daß nur Stadträtin Langendorf für die KPD-Fraktion diese Frage zur Debatte stellte, ob auch der Stadtrat alles getan habe, um nach dem ersten Unfall für die Sicherheit der Fahrgäste zu sorgen. Bürgermeister Trumpfheller verlas eine von ihm nach dem ersten Unfall an der Karl-Benz-Straße an die Direktion der Straßenbahn gegebene Anweisung, die Einhaltung der vorgeschriebenen Fahrgeschwindigkeiten schärfstens zu kontrollieren. Bürgerm. Trumpfheller hat in diesem Schreiben betont, daß die Verwaltung die schwersten Vorwürfe im Stadtrat zu erwarten habe, wenn nochmals etwas derartiges passieren würde.

Wo blieben nun gestern diese schweren Vorwürfe im Stadtrat — abgesehen von der Sprecherin der KPD-Fraktion? Konnte man den Eindruck haben, daß es sich hier um einen der schwersten Verkehrsunfälle handelte, um einen Unfall dazu,

**bei dem nur ein gütiges Geschick es verhindert hat, daß an Stelle von einem halben Dutzend, vielleicht viele Dutzende von Toten zu beklagen gewesen wären.**

Nein, diesen Eindruck hatte man bestimmt nicht und es scheint, daß der Wert von Menschenleben auch seit Kriegsende noch nicht sehr im Kurs gestiegen ist.

Bürgermeister Trumpfheller hat in seinem Bericht erwähnt, daß er gleich nach dem Unfall an Ort und Stelle als „Sofortmaßnahme" die Vorverlegung der Haltestelle vor die Kurve verfügt habe. Eine sehr richtige Maßnahme, leider aber als „Sofortmaßnahme", wie viele Sofortmaßnahmen unserer hohen Behörden, zu spät, denn da lagen schon sechs Tote gräßlich verstümmelt in ihrem Blut.

Warum wurde die Haltestelle nicht gleich nach dem ersten Unfall an die jetzige Stelle gelegt, wo sie übrigens schon früher einmal war. Bürgermeister Trumpfheller antwortete, daß es nach den Vorschriften bei 15 Kilometer Fahrgeschwindigkeit nicht nötig gewesen wäre.

Demgegenüber aber steht die unumstößliche Tatsache, daß das Unglück nicht passiert wäre, gar nicht hätte passieren können wenn der Fahrer nicht mit 15 oder 20 Kilometer in die Kurve gehen, sondern vor der Haltestelle vor der Kurve die Fahrgeschwindigkeit notgedrungen frühzeitig hätte bremsen müssen, wenn die Bremse in Ordnung war.

Warum tat man vorher nicht, was nachher der Bürgermeister als Sofortmaßnahme anordnete — als das Unheil schon geschehen war. Diese Frage konnte der Stadtrat behandeln — auch als „Sofortmaßnahme!"

Ueber die übrigen Punkte der Stadtratsitzung berichten wir in der nächsten Ausgabe.

## Staatsanwalt interessiert sich für Amend

### Kriminelle Vergehen vermutet

Der Korruptionsfall des nordbadischen Finanzpräsidenten Amend hat eine neue Note bekommen. Wie verlautet, sind die Akten des Falles der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Bis jetzt handelte es sich lediglich um ein Disziplinarverfahren, das wegen der Beschuldigung, Staatsgelder für persönliche Zwecke verschleudert zu haben, eingeleitet wurde. Die Uebergabe der Akten an die Staatsanwaltschaft läßt die Vermutung zu, daß es sich in diesem Falle um mehr als ein dienstliches Vergehen handeln müsse, denn dieses würde zu einer gerichtlichen Strafverfolgung kaum ausreichen.

In unterrichteten Kreisen spricht man von verschiedenen Verfehlungen im Amt, die weit über die ihm zur Last gelegte Mißwirtschaft beim Bau seiner Wohnung hinausgehen. Auch tauchte die Vermutung auf, daß die Verfehlungen etwa auf dem Gebiete des württemberg-badischen Totos liegen könnten, das in seinen Händen ist. Dr. Amend selbst weiß angeblich von nichts. Er versucht, den ganzen Fall auf ein politisches Geleise zu schieben, indem er sich als Märtyrer des badischen Staatsgedankens hinstellen möchte. Allerdings weist die CDU diese Auslegung energisch zurück. Bei der bekannten Einstellung der badischen CDU dürfte allerdings der Gedanke einer Maßregelung in diesem Falle auch sehr abwegig sein.

Merkwürdig ist, daß erst nachdem die Oeffentlichkeit wiederholt sich mit Amend und seinem luxuriösen Leben befaßte, seine vorgesetzte Behörde sich veranlaßt sah, nachzuprüfen. Der Fall ist dem Ministerpräsidenten Maier zugeleitet worden, der bis Ende der Woche dann darüber zu entscheiden hat, ob ein Dienststrafverfahren eingeleitet werden soll. Dies dürfte, nachdem jetzt auch die Staatsanwaltschaft sich für den Fall interessiert, keine Frage mehr sein.

---

**Familienregister für Flüchtlinge**

Das Innenministerium Württemberg-Baden hat angeordnet, daß die im Landesbezirk Württemberg-Baden seßhaft gewordenen Familien der Flüchtlinge deutscher Volkszugehörigkeit, in das Familienregister des Standesamtes ihres Wohnortes eingetragen werden. Im Falle des Nichtvorhandenseins der für die Eintragung notwendigen Urkunden, können eidesstattliche Erklärungen abgegeben werden.

**Wenn ein Arbeitsloser ein Sparguthaben hat**

**Mannheim.** Sparguthaben von Arbeitslosen werden, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, da es sich um eine Versicherung handelt, auf die Arbeitslosen-Unterstützung nicht angerechnet. Aber auch für Arbeitslosen-Fürsorgeempfänger bleiben kleinere Vermögenswerte, insbesondere die Ersparnisse des Arbeitslosen und die seiner Angehörigen unberücksichtigt, bei Gewährung der Fürsorge.

Doch in diese Verlegenheit dürfte wohl kein Arbeitsloser kommen, denn wer von ihnen kann die 26 Wochen Arbeitslosen-Unterstützung durchstehen, ohne sein angebliches Sparguthaben aufgezehrt zu haben? Wohl keiner.

## Nationaltheater Mannheim

Am 1. März wird **Fritz Kortner** nach Mannheim kommen. Er und Maria Wimmer werden in Strindbergs packendem Schauspiel „Der Vater" gastieren.

Das Schauspiel bereitet zur Zeit **„Die Geisterkomödie"** von Noel Coward (Bearbeitung Kurt Götz), die mittlerweile in München, Hamburg und Berlin das Publikum entzückte, vor. (Inszenierung Hans Becker.) In dieser Komödie wird die spiritistische Geisterbeschwörung einmal von der heiteren Seite genommen. Ein Ehemann wird durch die Geister seiner zwei Frauen in eine wenig beneidenswerte Lage versetzt, denn es stellt sich heraus, daß es leichter ist, Geister zu rufen, als los zu werden.

Daneben wird Kleists **„Zerbrochener Krug"** neu einstudiert mit Ernst Langheinz als Dorfrichter Adam. Inszenierung: Helmuth von Scheven. Dazu wird der als Schnitzlers gelungenstes Bühnenwerk berühmte, aber selten gespielte Einakter **„Der grüne Kakadu" gegeben** werden. In einem wahrhaft dämonischen Zwielicht zwischen Spiel und Wirklichkeit ereignet sich in diesem Einakter der Durchbruch der großen französischen Revolution.

**Februarheft des Verkehrsvereins**

**Mannheim.** Nun ist auch die Februarausgabe des Veranstaltungsprogramms der „Rhein-Neckar-Stadt Mannheim" auf Initiative der Mannheimer Stadtreklame in Verbindung mit dem Verkehrsverein erschienen. Endlich konnte man den Wünschen der Fremden gerecht werden, indem ein übersichtlicher Stadtplan in dem Prospekt enthalten ist. Weiterhin wurde, soweit Meldungen beim Verkehrsverein eingegangen sind, ein Kalender der hiesigen Karnevalsveranstaltungen beigefügt.

**Dampfbad für Frauen**

**Mannheim.** Einem allgemeinen Wunsche nachkommend, ist mit Wirkung vom 5. Februar 1950 jeden ersten Sonntag im Monat das Dampfbad nur für Frauen von 9-13 Uhr geöffnet. Kassenschluß 11 Uhr.

**Aus der Städtischen Kunsthalle**

**Mannheim.** Die Kunsthalle zeigt in den Räumen des Erdgeschosses ab Sonntag, den 5. Februar eine Auswahl ihrer Sammlung „Moderne Plastik".

**Schachfreunde**

Schachmeister Wotkowsky spielt am Mittwoch, den 8. Februar 1950, an 30 Brettern Simultan. Interessenten sind freundlichst eingeladen. Lokal zum „Pfingstberg". Eintritt frei.

**Mannheimer Industrie- und Handelskammer protestiert gegen Fernsprechanleihe**

**Mannheim.** (Lwb.) Die Industrie- und Handelskammer Mannheim hat gegen die Absicht der deutschen Bundespost, die Fernsprechteilnehmer an den Kosten für den Wiederaufbau der Fernsprechanlagen zu beteiligen, schärfsten Protest eingelegt. Die Industrie- und Handelskammer stellt fest, es handle sich bei dieser Angelegenheit um eine Zwangsanleihe, da die wenigsten Fernsprechteilnehmer ihre Anschlüsse ohne Gefährdung der Existenz aufgeben könnten. Durch diese Pläne würde die Kapitallenkung einseitig zugunsten der Post beeinflußt.

**Deutsche Friedensgesellschaft**

**Karlsruhe.** Am Donnerstag, den 9. Februar 1950, um 19.30 Uhr, findet im Lokal „Weißer Berg", Erbprinzenstraße, ein Vortrag über das Thema: „Der Weltfrieden und die Wiedervereinigung Deutschlands sind gesichert, wenn ...." statt. Freunde und Interessenten sind dazu herzlichst eingeladen.

## Industrie- und Handelskammer will der Jugend „helfen"

### Wie sie sich das vorstellt / Versuche, die auf Krücken gehen / Brennende Probleme am grünen Tisch

**Mannheim.** -qu- Um es vornweg zu nehmen, die Presse war nicht eingeladen. Ja, sie war geradezu unerwünscht. Um so wertvoller wußten wir es zu schätzen, daß uns die Putzfrau der Industrie- und Handelskammer, Frau Horch am Schlüsselloch, freundlicherweise folgenden interessanten Bericht von der nichtöffentlichen Sitzung sandte:

„Am Montag-Nachmittag brüteten Spitzen der Industrie- und Handelskammer im Sitzungssaal derselben im Verein mit den Vertretern der Mannheimer Jugendorganisationen über dem Thema „Jugendschutzgesetz", und bekamen viel Bauchweh dabei. Die ersten hatten die letzteren eingeladen. Der Zweck der Sitzung sei, so erklärte man, auf dieser Ebene den Versuch einer Verständigung bei den dringenden Problemen des Jugendschutzes anzubahnen.

Dr. Schoeller von der Kammer leitete das „ungezwungene Gespräch über Jugendschutz" ein. Er möchte so gerne wissen, wo den Jugendlichen der Schuh drückt und was er dabei tun könnte. Es sei bei den Jugendlichen viel von schlechter Behandlung der Lehrlinge die Rede. Doch die Worte hier sollten nicht auf die Waagschale gelegt werden. Die ganze Einleitung ging auf die letzte Protestkundgebung des Jugendrats zurück. Diese war angeblich zu impulsiv verlaufen. Wer etwas vorzubringen hätte, fragte Dr. Schoeller. Er mimte den Lehrer in der Schule.

Der Vorsitzende des Jugendrats, Vöhringer, wurde um seine Meinung gebeten. Er begrüßte zunächst die Initiative der Industrie- und Handelskammer. Seine Ausführungen waren bedauerlicherweise eine einzige Schmeichelei und Entschuldigung. Nicht der Industrie- und Handelskammer habe man auf der Kundgebung den Marsch blasen wollen, sondern vielmehr der Handwerkskammer. Er entschuldigt sich, daß die erstere überhaupt zur Protestversammlung eingeladen wurde.

Anschließend Dr. Schoeller über die Unternehmer: Es gäbe nur große Unternehmer. Der Begriff dürfe nicht zu weit gefaßt werden. — Daraufhin entschuldigt sich Vöhringer nochmals. Es wäre keine Spitze oder Propaganda gegen die Unternehmer gewesen. „Wenn auch manche spitze Zunge geführt wurde." (FDJ). „Wir werden das abstellen, damit in Zukunft keine Differenzen mehr entstehen." Hoffentlich wird ihm der Jugendrat dabei etwas auf die Finger klopfen.

Der Jugendsekretär der Gewerkschaften, Hofmann, nahm zur Fragebogen-Aktion Stellung und stellte fest, daß 50 Prozent der Unternehmer die Jugendlichen übervorteilen. Auch daß die Berufsschulzeit — besonders den jugendlichen Hilfsarbeitern — nicht bezahlt wird, ist einwandfrei festgestellt.

Dr. Schoeller: „Hat man die Fragebogen, die die Industrie- und Handelskammer betreffen und die für die Handwerkskammer zuständig sind, getrennt? Wir wollen uns beschränken auf die Industrie- und Handelskammer."

Hofmann: „Sie sollten nicht so ungeduldig sein Herr Dr." — Er stellte dann fest, daß auch bei der Industrie- und Handelskammer dieselben Zustände vorherrschen, wie oben. Mit Schulzeit, Urlaub und tariflicher Entlohnung sehe es sehr faul aus.

Ein Jugendlicher, der mit 33 Pfg. pro Stunde entlohnt wurde, wurde auf die Straße gesetzt, als er die restlichen 17 Pfg. zu seinem Tariflohn von 50 Pfg. forderte. Er war der einzige Ernährer seiner Familie.

Die Industrie ist nicht interessiert daran, Jugendliche einzustellen, die noch die Schule besuchen," erklärte Jugendsekretär Hofmann sehr deutlich.

Dr. Schoeller: „Wir wissen von den Vorfällen nichts." Es klang wenig überzeugend. Er warf eine Packung Zigaretten in die Runde. „Wenn die Herrn rauchen wollen, wir sind ja unter uns."

Hofmann: „Welche Garantien hat der Jugendliche gegen Entlassungen? Was kann die Kammer dagegen tun?" — Dr. Krieger von der Kammer fühlte sich angesprochen. Er hielt sich im wesentlichen an den Lehrvertrag und wies jeden Vorwurf zurück. „Heraus mit diesen Fällen an die Oeffentlichkeit..."

„Halt..." warf da Dr. Schoeller ein. „Nicht an die Oeffentlichkeit..., an uns." Dann fuhr er fort: „Ich habe das Gefühl, die Frage der Jugendlichen hat auch etwas mit Leistung und Führung zu tun." Er erzählt dann von einem Fall, wo sich ein Lehrling einen Diebstahl zuschulden kommen ließ.

Wenn Dr. Schoeller glaubt, mit diesem an den Haaren herbeigezogenen Beispiel alle Jugendliche taxieren zu können, so ist es mit seinen Bemühungen etwas für die Jugendliche zu tun, von vornherein schlecht bestellt. Im übrigen brach er natürlich eine Lanze für die Unternehmer.

Ein beigezogener Schulmann behauptete sehr gewagt, ein Fünftel der Jugendlichen seien „angekratzt". Daraus zog er dann zweifelhafte Rückschlüsse. Auch er machte genau wie sein Vorgänger in einigen mysteriösen Fällen.

Dr. Schoeller: „Warum sollen wir die Arbeitsgerichte füttern...?" — Die Jugendlichen könnten mit ihren Anliegen doch ebenso gut zunächst zu ihm kommen. Da aber bekanntlich die Industrie- und Handelskammer in erster Linie die Interessenvertretung der Unternehmer ist, kann man es den Jugendlichen nicht verdenken, wenn sie doch lieber das Arbeitsgericht vorziehen.

„Trotzdem verstehe ich nicht, warum wir nicht an die Oeffentlichkeit treten sollen", bemerkte der Vertreter der FDJ mit Nachdruck. „Es geht hier um die Rechte der Jugend, und es ist eine bittere Tatsache, daß viele Jugendliche Angst haben, aus ihrer Arbeitsstelle zu fliegen. Wie viele Lehrlinge haben den Mut, sich ihrem Arbeitgeber gegenüber zu äußern? Hier kann die Presse sehr fruchtbar wirken."

Dr. Schoeller mit allem Nachdruck: Wir wollen das nicht, es könnte entstellt werden." — Ein Vertreter der Ev. Jugend sprach sehr lau. Er schmeichelte der Kammer und trieb im Uebrigen üble Spaltungsversuche innerhalb des Jugendrates. Vöhringer sprach dann über das Gespenst der Arbeitslosigkeit und zeichnete deren rücksichtslose Ausnützung durch die Unternehmer in der Frage der Einstellungen und Entlassungen. „Wir müssen Maßnahmen dagegen treffen..."

Dr. Schoeller sehr überlegen: „Wir wollen keine Schlagworte prägen. Im Uebrigen ist die Wirtschaft nicht pessimistisch, sondern lediglich skeptisch. **Die Arbeitslosigkeit ist saisonbedingt"** (?). Dann sprach er vom Bauen... Dadurch würde die augenblickliche Depression überwunden und damit der „Auslösungsprozeß" (sprich Arbeitslosigkeit) aufgehoben.

Hofmann bedauerte noch einmal, daß die Handwerkskammer nicht anwesend ist. Auch Vöhringer stellte fest: „Wir müssen an sie herantreten." Daraufhin meinte Dr. Schoeller besorgt: „Aber schießen Sie nicht gleich scharf bei der Handwerkskammer."

Noch ein besonderes Wort an die Berufsschulen. Stadtschulrat Helmuth versprach sein möglichstes zur Klärung der Differenzen zwischen Berufsschulen und Jugendlichen zu tun. In Zukunft will man diese Sitzungen in der Industrie- und Handelskammer vierteljährlich wiederholen. „Aber wenn es einmal brennt, soll sofort gelöscht werden."

Positive Ergebnisse der Sitzung waren im wesentlichen nicht zu verzeichnen. Die gespannte Atmosphäre konnte nicht geklärt werden.

## Nützliche Winke für Renten-Antragsteller

Es gibt heute eineinhalb Millionen Versicherte und über 200 000 nach dem KB Leistungsgesetz Betreute, denen es nicht immer leicht fällt, beim Einreichen der Rentenanträge den richtigen Weg zu finden. Wir geben daher nachstehend einige Hinweise.

**Rentenanträge von Pflichtversicherten u. freiwillig Versicherten der Invalidenversicherung,** die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder länger als 26 Wochen krank bezw. dauernd invalide sind, ebenso von Witwen, Witwern und Waisen sind bei der Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung (im Mannheim im Gebäude der AOK), direkt bei der Landesversicherungsanstalt in Karlsruhe (Kaiserallee 8) oder bei der für die Bezirke Mannheim und Heidelberg zuständigen Zweigstelle der Landesversicherungsanstalt in Heidelberg (Plöck 79) einzureichen. Bei der Einreichung der Anträge sollen nach Möglichkeit die von der Landesversicherungsanstalt ausgegebenen Vordrucke benutzt werden.

**Ruhegeldanträge von Pflichtversicherten oder freiwillig Versicherten der Angestelltenversicherung** werden ebenfalls bei den obengenannten Instanzen eingereicht.

**Anträge von Körperbeschädigten oder von Kriegshinterbliebenen** nach dem KB Leistungsgesetz müssen schriftlich oder mündlich bei den örtlichen Dienststellen, der Landesversicherungsanstalt direkt oder deren Zweigstelle eingereicht werden. Werden gleichzeitig Ansprüche aus der Angestellten- oder Invalidenversicherung erhoben, so ist bei denselben Stellen ein besonderer Leistungsantrag einzureichen.

**Anträge auf Witwenrentenabfindung** im Falle der Wiederverheiratung sind bei der Ortsbehörde oder bei der Landesversicherungsanstalt oder deren Zweigstelle unter Vorlage einer Heiratsurkunde einzureichen. Auf Beitragserstattungen im Falle der Wiederverheiratung weiblicher Versicherter besteht bis auf weiteres keine Aussicht.

**Heilverfahrensanträge** in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten werden bei der zuständigen Krankenkasse bezw. bei Nichtmitgliedern bei den Ortsbehörden der Arbeiter- und Angestelltenversicherung gestellt. Bei Kindern ist das Jugendamt zuständig, bei Tbc-Kranken kann auch das Gesundheitsamt die Anträge entgegennehmen.

## Die Firma wollte seine Leistungen kritisieren

### Wiedereinstellung des Klägers wurde erwogen — „Sticheleien" mit dem Taschenmesser

**Mannheim.** -bü- Lediglich unbeabsichtigt habe er seinem Arbeitskollegen mit dem Taschenmesser ins Bein geritzt, wollte der Kläger H. wissen, der wegen tätlicher Auseinandersetzung aus der Firma S. entlassen worden war und nunmehr gegen diese Entlassung vor dem Arbeitsgericht Einspruch erhoben hatte. H. erklärte, er sei beim Vesper auf dem Boden gekniet und habe dabei das Messer senkrecht nach oben gehalten. Vor ihm stand eine Flasche Bier. Als sein Kollege vorbeiging, habe dieser die Flasche umgeworfen und sei so dummerweise in das aufgeklappte Taschenmesser gestolpert. Doch die Gegenseite warf anderslautende Argumente ins Treffen. Erstens sei H. wegen ähnlicher Delikte vorbestraft, habe einen Lehrjungen geohrfeigt, einem älteren Belegschaftmitglied einen Hammer an den Kopf geworfen und schließlich auch in der Straßenbahn einen Schaffner tätlich verletzt. Des weiteren habe der angeblich unbeabsichtigte Messerstich des H. eine Drüsenschwellung und fünfwöchige Arbeitsunfähigkeit des Betroffenen nach sich gezogen. Ueberhaupt sei H. immer schnell mit dem Messer bei der Hand gewesen und habe vorher schon sein Opfer spaßhalber durch öftere „Sticheleien" in dessen Hinterteil gereizt. Unter diesen Umständen bestehe also die Entlassung mit Fug und Recht. Da die Beklagten darauf hinwiesen, gegebenenfalls durch eine Reihe von Belastungszeugen diese Angaben noch erhärten zu können, wählte H. den besseren Teil und gab nach. Die Klage wurde zurückgezogen.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse in der Verhandlung des Schlossers K. gegen dieselbe Firma. Hier hatte sich die letztere scheinbar vorher genauestens über die Privatverhältnisse des Klägers informiert. K. war in die Firma im Mai 1948 eingetreten und sollte vor kurzem wegen Auftragsmangel und einschneidender Produktionsbeschränkung entlassen werden. Dies faßte K. als eine unbillige Härte auf und verklagte die Firma vor dem Arbeitsgericht. Er gab an, eine Familie mit fünf Kindern versorgen zu müssen, was ihm jedoch vom Anwalt der Gegenseite sofort dahingehend berichtigt wurde, daß vier der Kinder noch aus erster Ehe stammten und bei der geschiedenen Frau lebten und er für diese insgesamt monatlich nur 60 DM an Unterstützung bezahle. (Bei seinem Verdienst allerdings sehr viel. d. R.) Des weiteren versuchte der Vertreter der Firma die beruflichen Leistungen des Angeklagten zu kritisieren. Durch die Aussagen des ebenfalls anwesenden Betriebsrates konnten diese Behauptungen jedoch entkräftet werden. Schließlich wurde die Wiedereinstellung des Klägers zwecks Uebernahme in einen anderen Beschäftigungszweig erwogen. Die Verhandlung wurde daraufhin vertagt.

Das Verfahren M. gegen R., in dem der erstere den letzteren wegen Nichterstattung der von ihm zu beanspruchenden Fuhrlohnforderungen angeklagt hatte, wickelte sich sehr rasch ab. Nachdem R. den in echt Mannheimer Mundart vorgebrachten Wortschwall seines Gegenspielers mit der freundschaftlichen Frage, ob er selbst denn eine Drehorgel oder einen Pfarrer auf der Kanzel vor sich habe, unterbrochen hatte, erklärte er sich ohne Umschweife bereit, die geforderte Entschädigung von 100 DM zu bezahlen.

„So ist's recht" meinte der Richter lobend, als er befriedigt die Aktendeckel zuschlug und die beiden Streithähne einmütig den Richtertisch verließen.

## Polizeistreiflichter

**„Kavalier" entriß die Handtasche**

Angeblich wollte der 26- bis 28jährige junge Mann eine in der Oststadt wohnende Frau nach Hause begleiten. Daß das aber nicht seine wirkliche Absicht war, sollte die Frau selbst feststellen. Im Luisenpark entriß der feine „Kavalier" seinem ausersehenen Opfer die Handtasche, in der sich die Personalpapiere und 14 DM Bargeld befanden, und sprang in Richtung Kutzer-Weiher davon.

**Noch mal gut abgegangen**

In den Nachmittagsstunden versuchte in der Sophienstraße ein 5jähriger Junge vor einem parkenden Personenkraftwagen über die Fahrbahn zu springen. In diesem Augenblick wurde er von einem Motorrad erfaßt und zur Seite geschleudert. Der Junge erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und einige Gesichtsverletzungen. Der Motorradfahrer selbst, der ebenfalls von seinem Rad stürzte, kam unverletzt davon.

**Wer wurde noch von Wechselgeldbetrügern geschädigt?**

In Mannheim und Umgebung sind in den Monaten Dezember 1949 und Januar 1950 zwei Wechselgeldbetrüger vorwiegend in Rauchwarengeschäften aufgetreten. Sie haben sich auf betrügerische Art Beträge bis zu DM 50.- und DM 100.- in jedem einzelnen Falle erschwindelt. Da die vermutlichen Täter nunmehr festgenommen werden konnten und sich in deren Besitz ein größerer Geldbetrag befand, werden diejenigen Personen, bei denen die Betrüger erschienen sind und bisher noch keine Anzeige erstattet haben, gebeten, sich mit der Kriminalpolizei in Mannheim, L 6, 1, Zimmer 117, in Verbindung zu setzen.

---

**5000 DM für die Volkshochschule**

**Karlsruhe.** Der Stadtrat beschloß, der Volkshochschule zur Förderung und Pflege des Volkshochschul-Gedankens einen Barzuschuß von 5000 DM zu bewilligen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# „Pressefreiheit" in den USA

**Wie fortschrittliche Kräfte in den Vereinigten Staaten mundtot gemacht werden**

Kürzlich ließen wir eine bekannte holländische Vortragskünstlerin, die eine Reise nach Amerika gemacht hatte, über die Lage der Künstler im „freien" Amerika zu Wort kommen. Sie berichtete nicht nur über die Not der Künstler und Künstlerinnen in den USA, sondern auch davon, daß der Schriftsteller sein Stück oft verschiedenen Aktionären vorlegen muß und ihren Einwendungen Rechnung zu tragen hat.

Heute möchten wir zitieren, was Robert Jungk in der Schweizer Zeitschrift „Die Tat" über die „Pressefreiheit" in den Vereinigten Staaten berichtet.

Robert Jungk setzt sich damit auseinander, daß dem amerikanischen Volk zum Beispiel die Entwicklung besonders in China vollkommen verschwiegen wurde, so daß die amerikanischen Zeitungskönige jetzt nach dem völligen Sieg der Volksrepublik in eine schwierige Lage gekommen sind. Er schreibt dazu: Die Nachrichten-Agenturen, die Zeitungskonzerne, die Wochen- und Monatszeitschriften mit enormen Auflagen, die Radio-Sendestationen, die Kino-Wochenschauen, sie alle haben die erste Pflicht verachlässigt: Die Wahrheit zu sagen.

In seinem Buch „China schockiert die Welt", schreibt der bekannte Berichterstatter Jack Belden, daß er von der Wochenzeitschrift „Colliers" nach China geschickt

„Man sagt, daß er an der Seite der Russen gekämpft hat."

wurde. Die Hauptredaktion fand die Briefe, die er schrieb, „außergewöhnlich interessant". Aber veröffentlicht wurden sie nicht.

Die „Saturday-Evening-News" verfügte unter ihren Redakteuren über einen der besten Kenner des neuen China, Edgar Snow. Man zahlte ihm reichlich, aber er durfte nichts über die Ereignisse schreiben, die die Welt erschüttern sollten. Die großen Zeitschriften „Time" und „Life" hatten in China eine ganze Reihe glänzender Berichterstatter. Aber ihre Briefe nach New York wurden nicht veröffentlicht, oder sie wurden so entstellt, daß Theodore White, ein Mitarbeiter der „Time", folgenden Spruch auf seinen Schreibtisch stellte: „Sogar die geringste Aehnlichkeit zwischen dem, was hier geschrieben wird, und dem was später in der „Time" gedruckt wird, ist reiner Zufall."

In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung von Bill Mauldin interessant. Dieser geschickte Zeichner hatte sich in drei Kriegsjahren zu einem sozialen Kritiker entwickelt. In teils milden, teils sarkastischen Karikaturen hatte er aufgezeigt, wie durch Bürokratie und Hochmut das an sich schon schwere Soldatenleben noch schwerer gemacht wurde. Nach einem Jahr der Demobilisation war der soziale Kritiker bereits durch die Zeitungskönige „gezähmt".

Was mag geschehen sein, daß Bill Mauldin, der im Krieg so scharf in seinen Zeichnungen zu spotten verstand, so schnell zahm geworden war? Nach seiner Rückkehr in den Vereinigten Staaten zeigte er die Schwierigkeiten der Heimkehrer auf. Es war weder für Wohnungen, noch für Stellungen gesorgt. Die Mieten waren erschreckend hoch und von keiner Seite wurde Hilfe geboten. Und dann die „Rote Gefahr". Als Soldat hatte er mit den Sowjets gekämpft, und jetzt sollte sie plötzlich politisch die ärgsten Feinde sein. Der Spott der Karikaturen von Mauldin wurde stets beißender. Er kämpfte gegen den Ku-Klux-Klan, gegen bekannte Politiker, gegen die Scheinwelt der Filmstadt und gegen die „besseren Leute", die stets den Mund voller Mitgefühl hatten, aber nichts taten, um die oft verzweifelte Lage der Demobilisierten zu verbessern. Und nicht zuletzt nahm er gegen die Rassendiskrimination gegenüber den Negern Stellung.

Aber Mauldin, der all diese unhaltbaren Zustände nicht vom Klassenstandpunkt aus beurteilte, war nicht fähig, seinen Weg als Kritiker konsequent zu Ende zu führen. Die amerikanische Presse war nicht gewillt, seinen spitzen Wahrheiten Platz einzuräumen. Man machte ihn zunächst lächerlich, nahm seine Zeichnungen entweder nicht mehr an oder veränderte die dazugehörigen Texte. Mauldin hat vor dem Druck seiner mächtigen Auftraggeber kapituliert und den Kampf aufgegeben.

Selbst bürgerliche Menschen, die aufgeschlossen das heutige Amerika und seine Entwicklung betrachten, müssen erkennen und zugeben, daß „etwas faul im Staate Dänemark" ist. Doch auch sie sehen, wenn sie nicht gar völlig kapitulieren, nur die halbe Wahrheit. Wenn zum Beispiel Robert Jungk davon spricht, daß die amerikanischen Beherrscher der öffentlichen Meinung „die erste Pflicht vernachlässigt" haben, „die Wahrheit zu sagen", so erkennt er nicht, daß es sich hier nicht um eine Vernachlässigung der Pflichten, sondern um bewußte Absicht handelt, die Gehirne der Werktätigen zu vernebeln und hinter ihren Lügenmeldungen und bewußten Verfälschungen des tatsächlichen Geschehens die neue Kriegsvorbereitung zu tarnen. Sobald die kritischen Beobachter Amerikas dies erkannt haben, werden sie auch den einzig richtigen Weg gehen: Sich einzureihen in die millionenstarke Weltfront der Friedenskämpfer.

G. G.

# Seine Majestät der Kaugummi

*Von Egon Erwin Kisch*

Die Kaugummifabrikanten behaupten: Zentralamerikas Ureinwohner hätten die harzartige Absonderung des Sapotillbaumes (Achras sapota) auf ihren Jagdzügen im Munde gehalten, um die Speichelbildung zu fördern und solcherart den Durst zu überwinden.

Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß in keinem Bericht der spanischen Konquistadoren eine ähnliche Beobachtung vermerkt wird, und daß gerade in jenen Gegenden, wo diese Kiefer wächst, die kauende Seuche bis zum heutigen Tag kein Opfer gefunden hat.

Wahrscheinlicher ist die andere Entstehungsgeschichte: Einem Kaufmann in New York war aus Mexiko eine Schiffsladung dieses „Chicle"-Harzes mit der Bestimmung zugekommen, es zu Gummi verarbeiten zu lassen. Dies erwies sich als unmöglich, weil das Material nichts weniger als widerstandsfähig war. Was aber sollte nun mit der Sendung geschehen? Der Empfänger — wohl jener Mr. Thomas Adams, den die Kaugummi-Industrie zum größten Wohltäter der Nation zu stempeln bereit ist — war Anhänger der amerikanisch-theologischen Naturbetrachtung: Nicht deshalb, kalkulierte der Yankee, wächst in China der Reis, weil ihn die Chinesen gerne essen, sondern weil in China der Reis wächst, ist er das Nahrungsmittel der Chinesen; nicht deshalb kommen Eisbär und Seehund in der Arktis vor, weil sich die Eskimos gern mit einem weißen Fell bekleiden und mit Tran salben, sondern umgekehrt. Also, schloß Mr. Thomas Adams messerscharf — also werden die Amerikaner mein „Chicle"-Harz einfach aus dem Grunde fressen müssen, weil es da ist! Wozu haben wir die Reklame.

Mitte des vorigen Jahrhunderts begannen die Plakate zu schreien:

Tabak zu priemen ist giftig und
unhygienisch!
Kaut Chiclegummi!
Kaugummi reinigt die Zähne!
Kaugummi desinfiziert die Mundhöhle
und den Gaumen!!!
Kaugummi macht die Zähne
blitzblank!!!!
Wer Chicle kaut, bekommt sofort einen
wohlriechenden Atem!!!!
Kaugummi befördert die Verdauung
— daher nach jeder Mahlzeit ein
Kaugummi!!!!
Wollen Sie gesund und schön sein?
Dann müssen Sie
Gummi kauen!!!!

*

Wer wollte nicht gesund und schön sein? Das erwachsene Amerika kehrte zum Gummilutscher zurück.

Bei den besonderen intimen Beziehungen, die zwischen Unternehmern und Behörden in Amerika bestehen, ist durchaus anzunehmen, daß die Rauchverbote in der Straßenbahn und in der Untergrundbahn von der Kaugummi-Industrie angeordnet wurden. Automaten sind da: Einwurf ein Cent, Auswurf ein Kaugummi. Solch ein Stückel Chicle reicht bis zur zwanzigsten Haltestelle. Hurra — alles kaut.

In den neunziger Jahren, als die Allgegenwart der Bazillen entdeckt und gleichzeitig der Glaube an die Heilwirkung von Pfefferminz und Krauseminz Mode wurde, setzte der große Aufschwung ein. Eilig wurden den Kaugummiplätzchen diese Ingredienzien beigemengt, und sie gingen nun als Bazillentöter reißend ab.

Der Hauptgrund für den Erfolg lag im amerikanischen Volkscharakter, der zu rasend geschäftigem Müßiggang neigt. Immerfort wird etwas getan — und nichts geschieht, fleißig ist man beschäftigt — und nichts wird gearbeitet, große Bewegungen werden entfesselt, auf daß alles beim alten bleibe, die „headlini", die Riesenüberschrift aller Zeitungen, wird heute leidenschaftlich diskutiert, um morgen total vergessen zu sein. Der Mann in der Subway oder auf der Fähre spricht mit dem Freund von irgend etwas, liest dabei in der Zeitung irgend etwas anderes, denkt wahrscheinlich an irgend etwas drittes, es sei denn, daß er das Kreuzworträtsel löst, streckt dem Schuhputzer die Beine hin — damit auch Zähne und Zunge auf ähnliche Weise vom Faulenzen abgehalten werden — kaut er Gummi.

Im Automatenrestaurant verschlingen die New Yorker binnen fünf Minuten ihre Mahlzeit, um dann stundenlang die Wälder von Mexiko zu zerbeißen und zu zerlutschen.

Beim Raspeln von Süßholz, beim Kauen der Betelnuß, beim Priemen von Tabak, beim Zermalmen der Sonnenblumenkerne erntet man einen Geschmack. Der des Kaugummis geht jedoch nach einer Minute verloren, und für den Rest der Stunde bleibt nur ein klebriger Klumpen im Mund.

Die Kaugummi-Erzeugung ist die nationalste Industrie von USA. Seit dem Weltkrieg ist sie besonders gewachsen: als Soldat auf den Märschen und auf den Wachen hat sich jeder Amerikaner das Kauen angewöhnt und ganze Landstriche Europas für diese Tätigkeit erobert. Während vor dem Kriege nur 74 Fabriken mit einer Belegschaft von 2689 Personen und 1 648 000 Dollar Jahreslohn ein Rohmaterial von 322 000 Dollar zu einem Produkt von 17 159 000 Dollar verarbeiteten, zahlt heute der amerikanische Konsument bereits 150 Millionen Dollar jährlich, ohne daß sich die Zahl der Fabriken und der Belegschaften auch nur in annähernder Relation erhöht hätte, da alles maschinell erzeugt wird.

In den riesigen Fabrikhallen der American Chicle Company auf Long Island bekommt man wenig Menschen zu Gesicht, und nur in den Versandräumen und in den Sälen der Fehlerkontrolle funktioniert ein Heer von Frauen, die immer noch billiger sind als die billigste Maschine, in weißen Kitteln und mit weißen Hauben zu Hunderten am laufenden Band.

Die Laboratorien kann man nicht besichtigen. Wie man den Geschmack von Ananas, Zitrone, Orange und Nelkenwurzelöl erzeugt, bleibt sekret und ebenso die Farben.

Und außerdem wird dort um das Geheimnis gerungen, den Rohstoff synthetisch zu fabrizieren. Hat doch 1914 der kriegerische Konflikt mit Mexiko die furchtbare Gefahr heraufbeschworen, Nordamerika könnte eines Tages ohne Kaugummi dastehen! Ein Versuch mit dem aus Borneo eingeführten „Pontianac"-Harz hat sich ebensowenig bewährt wie die Versuche, den Chicle künstlich herzustellen. Daher ist die Behauptung eines sozialistischen Kongreßmitgliedes glaubhaft, daß die imperialistischen Gelüste der Vereinigten Staaten auf Mexiko geschürt werden von Mr. Wrigley und den übrigen Kaugummifabrikanten.

*

Vorläufig sind die Lieferanten des Rohstoffes noch Ausländer, heißen „Chicleros" und leben in den mexikanischen Kiefernforsten davon, mit Riesenmessern die Baumrinde zu ritzen, das Harz, das zur Heilung der Wunde herausquillt, zu sammeln und, in Jute verpackt, auf Schiffe zu verfrachten.

Da liegt nun das zukünftige Kaugummi auf Long Island City, jedes Stück sieht einem Baumstrunk gleich und enthält genau so viel schweren Unrat, als man in gerinnendes Harz hinzustecken vermag, um das Maximum an Gewichtserhöhung zu erzielen . . .

Davon und überhaupt gereinigt, in handliche Stücke zerschnitten, geknetet, in Platten gegossen und filtriert, tropft die Materie ein Stockwerk tiefer hinab, wo die Mischmaschinen stehen; verblüffenderweise nicht amerikanischen Ursprungs, sondern von „Werner Pfleiderer, Cannstatt-Stuttgart".

Dick und süß von Zuckerstaub ist die Luft in dieser Mischhalle. Dem Chicle wird hier der feingemahlene Zucker zugesellt, die Salben für die unterschiedliche Geschmäcke und die Oele für die unterschiedlichen Gerüche der einzelnen Sorten. Die Arbeit an den glühend fauchenden Pfannen, das Losreißen der Klumpen von den Walzen und die neuerliche Behandlung der Masse ist die schwerste; kein Amerikaner leistet sie, nur Italiener und Juden sind in der Kesselstraße am Werk.

Das Resultat: Teig. Der geht automatisch weiter, durch Räume mit künstlicher Luft und besonderer Konsistenz, durch Schneidemaschinen, Ausroll- und Formapparate, worin er zu Prismen, Stangen und Kugeln wird.

Zweihundert schräggestellte Kupferpfannen routieren im Coating departement, welches in einer deutschen Kaugummifabrik „Dragierabteilung" heißen würde (der Verfasser weiß es aus der Pralinenindustrie). In den bewegten Pfannen rattern rauhe Kugeln, in manchen rauhe Prismen. Sie reiben sich einander, sie schmiegen sich zueinander, sie stoßen sich durcheinander, bis sie glatt sind, poliert und blitzblank leuchten.

Selbige höchst symmetrischen Körperchen mit den bunt strahlenden Reflexen sind also identisch mit den dreckbeschwerten Klötzen, die wir aus Mexiko ankamen sahen, und bald werden sie auch identisch sein mit dem schleimigen Klümpchen, das irgendein Bursche unter seinen Stuhl pickt, nachdem er es stundenlang im Mund hin und her gewälzt hat.

So freundlich und unschuldig und verlockend sehen die kaubaren Kügelchen, Würfelchen und Plätzchen aus, sie sind fertig und rollen schnurstracks in die Kartonierungs-, Expeditions- und Verladeräume, wo die Maschinen individuell und vielseitig arbeiten, de Menschen aber mechanisch und eintöng.

Seine Majestät der Kaugummi . . .

# Damals war Fabian noch anständig

*Von Nationalpreisträger Bernhard Kellermann*

Fabian war in kurzer Zeit eine Macht in der Stadt geworden, aber es muß gesagt werden, daß er seinen großen Einfluß auch für seine Freunde geltend machte, wo es nötig war. So vergaß er auch nicht den verehrten Sanitätsrat Fahle in Amselwies.

Er hatte in letzter Zeit häufig mit Professor Sandkuhl, dem Direktor des Städtischen Krankenhauses zu sprechen, da eine Verlegung der Anstalt außerhalb der Stadt geplant war. Dabei lenkte er gelegentlich das Gespräch auf den verdienten Schöpfer des Röntgeninstitutes und brachte die Wünsche Fahles vor. Es handle sich, wie er verraten könne, um eine epochemachende neue Erfindung des weltbekannten Gelehrten. Professor Sandkuhl war nur schwer für die Wünsche Fahles zu gewinnen. „Fahle wird mir die unersetzlichen Apparate zerstören", sträubte er sich. „Als Jude ist er von angeborenem Haß erfüllt. Lesen Sie bitte mein Buch. Die Bibel berichtet in hundert Fällen von Heimtücke und Betrug. Ist nicht die Mentalität Judiths Beweis genug?"

Sandkuhl hatte kürzlich ein Buch über die „Psychologie der Juden" veröffentlicht, das von blindem Haß diktiert war.

Fabian bot seine ganze Ueberredungskunst auf, und endlich fand sich Sandkuhl bereit eine Ausnahme zu machen. Er erklärte: „Vorausgesetzt, daß Sie die volle Bürgschaft übernehmen und mir diese Bürgschaft schriftlich geben, bin ich gewillt, Fahle jeden Sonntag von zehn bis acht Uhr im Institut arbeiten zu lassen."

Fabian gab die Bürgschaft schriftlich. Er bat Marion telefonisch in sein Anwaltsbüro und teilte ihr die gute Nachricht mit.

Das schöne Mädchen jubelte hell auf und fiel ihm augenblicklich um den Hals.

„Gott im Himmel!" rief Marion lachend aus, während Tränen in ihren schwarzen Augen glänzten. „Papa wird überglücklich sein und Ihnen ewig danken."

„Grüßen Sie Ihren Vater tausendfach", sagte Fabian.

„Ich wäre ja selbst mit Freuden nach Amselwies hinausgekommen, aber Sie wissen, wie sehr ich überlastet bin."

„Papa und wir alle", entgegnete Marion, „sind rechtschaffen unglücklich, daß die Umstände es Ihnen nicht erlauben, zu uns zu kommen."

„Die Umstände?"

Marion lachte. „Weshalb tun Sie so erstaunt? Wir sind Juden, um es ganz offen zu sagen."

Fabian erhob sich. „Wollen Sie mich vetletzen, Fräulein Marion?" erwiderte er. „Ich kümmere mich nicht im geringsten um diese lächerlichen Dinge. Am kommenden Sonntag, um fünf Uhr, bin ich bei Ihnen, werde ich nicht stören?"

Marion klatschte in die Hände. „Herrlich!" rief sie lachend aus. „Sie werden glückliche Menschen sehen!" Nun aber wollte sie gleich aufbrechen, um die beiden Freudenbotschaften nach Hause zu bringen. Fabian aber ließ sie nicht gehen, er unterhielt sich mit ihr noch eine Viertelstunde, obgleich sein Wartezimmer voller Leute war. Marions frohes Lachen erfüllte sein Büro.

Als sie sich verabschiedete, bat sie lachend und errötend, ihm zum Dank für seine Güte die Hand küssen zu dürfen. Dabei standen ihre schwarzen Augen wieder voll Tränen.

Fabian verweigerte es lachend. „Das wäre ja noch schöner!" sagte er. Zum Dank bitte ich meinerseits um eine Gunst, schöne Marion." Und er küßte sie auf die Stirn, sie verweigerte es ihm nicht, sondern hielt ganz stille.

„Das war mein Dank, Marion!" Marion lachte laut auf. „Was für Einfälle Sie doch haben!" rief sie aus, noch immer tiefrot. Sie streckte ihm lachend die Hand hin. „Am Sonntag!"

Als sie durch die Büros zurückging, dachte Fräulein Zimmermann: Wenn ich so lachen könnte wie sie und so schön wäre, dann könnte ich meinetwegen auch Jüdin sein.

(Aus „Totentanz" Copyright Aufbau-Verlag.)

Roman von LUDWIG TUREK

Copyright Dietz-Verlag Berlin

3. Fortsetzung

Der lange, hagere Upton Britten trug seinen Strohhut hoch über den Köpfen der anderen Straßenpassanten den Broadway entlang. Bill hatte ihn trotz des Gewimmels sofort entdeckt. Er sprach ihn an. „Sie sind Upton Britten, wir haben alles von Ihnen gelesen. Was meinten Sie mit dem Wunder, von dem Sie in der „Rojas Bar' sprachen?" Der Dichter hielt es nicht für notwendig, sich den Sprecher an seiner Seite zu betrachten. Sein Indianergesicht mit der großen Nase blieb schweigend geradeaus gerichtet. Sin aber sah, daß die Antwort auf die Frage darin bereits im Entstehen war.

Nach sieben Schritten sagte Britten:

„Ich denke, daß wir Besuch kriegen, Gäste empfangen, Nachbarn zu bewirten haben."

Bill schob ruckartig die Blondhaare aus der Stirn:

„Sie glauben, daß der Le-Jeune-Planet bewohnt ist?"

Der Dichter lächelte und sah jetzt zum erstenmal zu seinen Begleitern hinunter.

„Ich glaube es nicht, ich denke es."

„Aber die Astronomen sagen, er wird auf den Mond fallen, der Mond zieht ihn schon jetzt an, sagt das Radio."

„Was die Astronomen sagen, wissen Sie nicht, und es sagt Ihnen keiner, auch nicht die Zeitungen."

Jetzt begann Bill zu poltern:

„Britten, Sie haben recht. Es ist eine Riesenschweinerei. Ich schreibe für die „New York Herald Tribune' und bin jetzt in dieser Stunde vollkommen überflüssig. Sie schmieren sich alles selbst zusammen, so wie sie es brauchen."

Britten soll jetzt reden, dachte Sin und stellte ihm die Frage:

„Meinen Sie nicht auch, daß eine schreckliche Erregung unter den Menschen herrscht?"

Der Dichter nickte. „Sie fühlen die Ereignisse voraus mit dem Instinkt der Büffelherde vor dem Steppenbrand und es ist köstlich zu sehen, wie sie auch ohne die lange Peitsche der Zeitungen in Bewegung geraten."

Britten war bei seinem Wagen angelangt. Er sagte freundlich: „Wollen Sie mehr hören, dann kommen Sie mit."

Sin war beglückt, und Bills schwitzendes Gesicht nahm den Ausdruck angestrengter Arbeit an. Der Wagen kroch langsam aus Manhattan heraus. Ungeheure Menschenmassen bevölkerten die Straßen. Da, wo die Häuserfronten den Blick zum Mond frei ließen, drängten sich die Massen zu einem dickflüssigen Brei zusammen. Alles starrte in den Himmel. Rufe entzückter und zugleich verängstigter Menschen wurden laut, deren Augen und Seelen die erste Berührung mit dem rotglühenden Himmelsfunken hatten, der in einer knappen Stunde seine gigantische Kräfte mit dem Monde messen sollte.

Aus Millionen Kehlen kamen, wie das Brausen einer fernen Meeresbrandung, eifernde Dispute.

„Wird der alte Freund der Menschheit, der Mond, diesem Ansturm widerstehen?"

„Der Planet ist zu klein, um ihn ernstlich zu gefährden."

„Ist denn eine Revolverkugel in deinem Kopf größer?"

„Ein Jammer, daß man das Aufschlagen nicht sehen kann.

„Wieso Jammer? Das Jammern kommt erst, wenn die Lampe da oben kaputt geht."

„Früher waren es zwei Monde. Als der erste herunterfiel, hatten wir die Sintflut."

„Hallo, Phillipin, hast du noch einen Platz in deiner Jolle?"

„Und ich sage dir, sie wissen einen Dreck."

„Wetten wir, daß er vor 0 Uhr 40 dran ist?"

„Herr Jesu Christ, nimm uns zu dir", sang die Heilsarmee tirilierend in einer dunklen Ecke.

Es war kein Durchkommen mit dem Wagen. Britten bog in eine beschattete Seitenstraße ab. Viel besser war es auch dort nicht. Unzweifelhaft, ganz New York war auf der Straße. 0 Uhr 20 Minuten stoppte das Auto vor einer Villa, wo der Dichter offenbar schon erwartet wurde. Eine kleine Gesellschaft von einem halben Dutzend meist jüngerer Menschen war auf der breiten Balkonterrasse an einem etwa zwei Meter langen Fernrohr versammelt.

„Wir Astronomen werden nicht mehr gebraucht, wir irren uns unentwegt, wir bitten den Dichter an das Rohr", sagte ein alter, würdiger Herr, der trotz der mitternächtlichen Stunde in Hemdsärmeln war.

Britten nahm unverzüglich Platz am Rohr und sagte wie nebenbei: „Ich habe dir zwei junge Freunde mitgebracht."

Willings schien Bill und Sin kaum zu bemerken. Der Planet hatte den linken Rand der Mondscheibe fast erreicht.

„Phantastisch!" rief der Dichter entzückt und sah zu dem Alten auf.

„Nein, nein, mein lieber Britten, von Ihnen erwarten wir ein anderes Wort. Aber lassen Sie sich erst einmal sagen, daß es dem Jungen da oben gar nicht in den Sinn kommt, auf den Mond zu fallen und sich den Hals zu brechen. Er ist dabei, einen Spaziergang drum herum zu machen."

Der Alte strich sich durch die langen schneeweißen Haare, ging aufgeregt einige Schritte hin und her und sagte: „Ich jedenfalls komme mir vor, als stünde ich kopf und sähe mit den Hühneraugen in das Rohr. Es käme wahrhaftig auf dasselbe heraus."

Eine alte Dame hielt sich das spitze, behaarte Kinn, vervielfältigte die Runzeln auf der Stirn durch den Ausdruck des Unwillens und sagte mit tiefer, rasselnder Stimme:

„Aber Bernd, wie sprichst du denn?"

Der Alte reagierte sauer:

„Wie ich spreche, wie ich spreche, ja, was kann man denn noch sagen? „Ich . . . was mich betrifft . . . . ich bin vollkommen am Ende."

Britten hatte sich erhoben. Er legte dem Astronomen die Hand auf gie Schulter:

„Nicht am Ende, Willings, am Anfang sind wir!"

Ein Diener trat auf die Terrasse: „Buster Horn von der Yerkes-Sternwarte ruft an."

Willings rannte mit komischen Bewegungen, wie ein großer Vogel, der das Fliegen verlernt hat, ins Haus. Langsam folgte die Gesellschaft nach. Bill ging als letzter und machte Notizen.

„Ich will nicht widersprechen, nein, nein! Ich wüßte ohnehn nichts zu sagen", rief Willings am Telefon und horchte.

Nach einer Weile sagte er: „Ich muß mich zuerst mal setzen, einen Moment bitte."

Der Diener brachte eben noch zur rechten Zeit einen Stuhl, auf den der Telefonierende sich kraftlos fallen ließ. Sin merkte jetzt, warum die alte Dame ihr Kinn nicht aus der der Hand ließ. Sie hielt daran ihren Kopf fest, was ihr nach der Aufregung ihres Gatten am Telefon nicht mehr recht gelingen wollte. Das Schütteln war stärker als ihre alterschwache Hand.

„Sagen Sie das Upton Britten noch mal", sagte der Astronom und reichte den Hörer zu Britten hin.

Der Dichter hörte, lächelte, nickte und sagte:

„Sagen Sie bitte dasselbe meinem jungen Freund von der ‚New York Herald Tribune' noch mal."

Bill sprang vor, klatschte seinen Block auf den Tisch. Sein Gesicht straffte sich zu einer fanatischen Grimasse. Sin bekam einen freudigen Schreck. Sie hatte zum erstenmal Bills Gesicht ohne Sommersprossen gesehen.

Bill notierte:

„Der Le-Jeune-Planet ist ein mit unvorstellbaren Energien geladenes Weltenraumfahrzeug. Dieses hat soeben den Mond erreicht und segelt in 18 000 Meter Höhe mit 40 000 Stundenkilometer über dessen Oberfläche dahin. Wahrscheinlich wird der Bote aus fernen Welten auch unserer Erde einen Besuch abstatten."

Willings hatte sich soweit erholt, um seinen Gästen diese neueste Meinung seines Freundes von der Yerkes-Sternwarte bekanntzugeben. Für einige Sekunden erstarrte die Gesellschaft vor Staunen. Dann ging man lebhaft diskutierend zum Fernrohr zurück. Bill bat, telefonieren zu dürfen. Er holte sich nach einigen Mühen Parker an den Apparat. Sin blieb an seiner Seite.

„Hallo, Jimmy! — Du bist zu Hause? — Krach mit Betsy? — Höre! Ich habe vor zwei Minuten mit Yerkes-Sternwarte gesprochen. Le-Jeune-Planet ist kein Planet, ist ein Weltenraumfahrzeug. Macht Kurve um Mond und . . . Was? — Interessiert dich nicht? — Du bist besoffen heute . . . Jetzt besoffen? — Langweilst dich? — Der Alte will nicht? — Du bist tatsächlich besoffen! — Hallo, Jimmy — Hallo . . . !"

Parker hatte den Hörer aufgelegt. Jetzt ließ sich Bill auf den Stuhl fallen. Sin richtete ihn mit sanfter Hand wieder auf. Sie gingen hinaus auf die Terrasse. Ein neues Phönomen war aufgetaucht. Am westlichen Horizont schoß in regelmäßigen Abständen ein breiter greller Lichtstrahl in den Himmel. Es unterlag keinem Zweifel, hier wurden dem Weltenraumschiff Signale gegeben. Telefonische Anfragen, die Bill in der Richtung der Erscheinung anstellte, brachten die Bestätigung. Aus tausenden schleunigst zusammengeholten Armeescheinwerfern wurde gemorst.

Britten lächelte verächtlich:

„Ihre goldgierige Hand greift in den Himmel. Aber sie werden sich die Finger verbrennen. Die Kraft, die es ermöglicht, durch den Weltenraum zu schwingen, wird sich ihren Interessen nicht gefügig zeigen."

Willings hatte gerechnet. Mit Enttäuschung in der Stimme sagte er:

„Alles, was wir vor einer Stunde zu wisser glaubten, war falsch. Augenscheinlich hat Buster Horn recht, und wenn er sich nicht geirrt hat, kann das Wunder noch vor dem Morgen geschehen."

Sin sah, wie dem alten Professor die Augen feucht wurden. Er nahm das Taschentuch und sagte:

„Britten, Sie haben eine große Aufgabe, passen Sie gut auf."

Er wandte sich an Bill.

„Ab - auch Sie, junger Mann, sind daran beteiligt; denn was Sie in dieser Nacht zu Papier bringen, wird wahrscheinlich Geschichte machen."

Bill biß die Zähne zusammen und dachte an Parker.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Kurz notiert

### Wieder ein Todesopfer durch Gas

**Heidelberg** (Lwb). Eine 87jährige Frau aus Heidelberg-Rohrbach wurde in den frühen Morgenstunden des Montag in ihrem Badezimmer tot aufgefunden. Wie die Kriminalpolizei mitteilt, handelt es sich dabei wahrscheinlich nicht um einen Selbstmord, sondern um einen Unglücksfall. Die Greisin hatte vermutlich vergessen, den Gaswärmeofen abzustellen.

Mit diesem Unglücksfall hat sich die Zahl der durch Gasvergiftung in den letzten fünf Tagen in Heidelberg ums Leben gekommenen Personen auf sechs erhöht.

### Und noch ein Gas-Selbstmordversuch

**Heidelberg.** Nach sechs Opfern durch Gastod hätte der Sonntagnachmittag beinahe ein siebentes Opfer gebracht. Ein 19jähriges Mädchen versuchte während der Abwesenheit der Eltern Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas zu begehen. Nach der Rückkehr ihrer Eltern wurde das bereits schon bewußtlos gewordene Mädchen zum Arzt gebracht, dem es glücklicherweise gelang, ihr Leben zu retten.

### A.O.K. wird langsam wieder Herr im eigenen Hause

**Heidelberg.** Bisher waren im Gebäude der Heidelberger Ortskrankenkasse 12 Räume allein durch die amerikanische Besatzungsmacht beschlagnahmt. Nun sind von ihnen 8 Räume zurückgegeben worden, so daß sie also immer noch vier beschlagnahmt halten.

Nach Mitteilung der Leitung der A.O.K. sollen die freigegebenen Räume mit der ärztlichen Dienststelle der Landesversicherungsanstalt Baden und einem Vertrauensarzt belegt werden. Für die Körperbeschädigten und Invaliden wird sich dadurch eine Vereinfachung bei der Abwicklung ihrer Erledigungen ergeben.

### Universitäts-Nachrichten

**Heidelberg.** Dem Privat-Dozenten Dr. Hans-Joachim Rauch wird für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität Heidelberg die Amtsbezeichnung „außerplanmäßiger Professor" verliehen. Professor Rauch ist Dozent für Psychiatrie und Neurologie.

### Protest gegen Orchester-Abbau

**Heidelberg.** Anläßlich des Symphonie-Konzerts des Städt. Orchesters am Montagabend kam es zu demonstrativen Protesten gegen den beabsichtigten Abbau des Städt. Orchesters, wie es in der Sitzung des Stadtrats der vergangenen Woche besprochen wurde.

Bekanntlich entschied man sich im Stadtrat dahingehend, daß im kommenden Jahr der Spielplan der Städt. Bühnen nur noch mit Schauspiel und Operette bestritten werden soll, wozu das gegebenenfalls erforderliche Orchester ausgeliehen werden soll. Die Teilnehmer des Symphonie-Konzerts schienen offenbar die Meinung der Stadtväter nicht zu teilen.

### Besichtigung der Milchzentrale

**Heidelberg.** Der Heidelberger Hausfrauen-Verband will am Mittwoch, den 8. Februar d. J., eine Besichtigung der Heidelberger Milchzentrale durchführen. Treffpunkt um 15 Uhr vor der Milchzentrale. Die Hausfrauen Heidelbergs sind dazu herzlichst eingeladen.

### Waldarbeiter klagten gegen Stadtverwaltung

**Mosbach.** Das Landesarbeitsgericht Heidelberg hatte dieser Tage in Mosbach die Klage von 23 Waldarbeitern gegen die Stadtverwaltung Walldürn zu verhandeln. Ihnen war die monatliche Kinderbeihilfe seit 1948 nicht ausbezahlt worden. Es konnte zwischen den Parteien ein Vergleich erzielt werden, und die 23 Waldarbeiter erhalten etwa 6000 DM nachbezahlt.

# Die vom Krieg schwer Gezeichneten

### Beinverletzte protestieren gegen mangelhafte Versorgung

**Heidelberg** (EB). Von allen Leiden, die der Krieg den Menschen zufügte, ist die Hirnverletzung eines der schwersten und tragischsten. Nicht nur Schäden des Denk- und Behaltungsvermögens werden durch solche Verwundungen hervorgerufen, sondern ebenso ergeben sich eingreifende Veränderungen in der seelischen Verfassung dieser vom Schicksal betroffenen Menschen. Darum ist ihrer ärztlichen und sozialen Betreuung besondere Sorgfalt zu widmen.

Daß die Versorgung gerade dieses Teiles der Körperbeschädigten in Württemberg-Baden, gegenüber der an sich schon schlechten Versorgung in Westdeutschland mehr als mangelhaft ist, bewiesen die angeführten Tatsachen auf der letzten Versammlung der Fachgruppe Hirnverletzte des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen in Heidelberg. Auf dieser stellte der Präsident der Landesversicherungsanstalt, Engelhardt, fest, daß die derzeitige Versorgungsgesetzgebung für Körperbeschädigte sehr mangelhaft sei, leider aber die im Bundestag beschlossenen Ueberbrückungsmaßnahmen keineswegs den Erwartungen, die viele Körperbeschädigte an sie knüpfen, entsprechen würden.

Außerdem befürchte er, daß diese Maßnahmen umfangreiche Verwaltungsarbeiten mit sich brächten, die in keinem Verhältnis zu den bewilligten Rentenerhöhungen stünden.

In einer Resolution, die dieser Versammlung vorgelegt wurde, sind die Forderungen der Hirnverletzten niedergelegt: Gesetzliche Gleichstellung mit den Kriegsblinden, Gewährung der Zusatzrente wie bei den Blinden, Gewährung eines Pflegegeldes ab 70prozentiger Beschädigung, Gewährung der Kleiderzulage, orthopädische Versorgung, besondere Gestaltung der Berufs- und Familienfürsorge, gesetzliche Maßnahmen zwecks bevorzugter beruflicher Unterbringung sowie kostenlose Erholungskuren in den Fällen, in denen Badekuren oder stationäre Behandlung nicht im Vordergrund stehen.

In dem Hauptreferat, das der Vertrauensarzt des Verbandes, Dr. Schindlmayr, hielt, räumte dieser mit dem verbreiteten Irrtum auf, daß ein Hirnverletzter geisteskrank oder schwachsinnig sei. Vielfach sei man der Meinung, daß sie in eine Heil- und Pflegeanstalt gehörten. Dies sei völlig irrig, vielmehr könnten und wollten diese Schwerverletzten arbeiten und darum hätten sie auch Anspruch auf eine gerechte Betreuung.

Zum Schluß brachte Dr. Hermann Buddensieg den Antrag ein, den Hirnverletzten auch bei den ärztlichen Untersuchungen mehr Aufmerksamkeit in Zukunft zu schenken. Dr. Müller, Mannheim, verlangte von der Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß auch diese Menschen zu ihrem Recht kommen, zumal es nicht weniger als 130000 Hirnverletzte in Westdeutschland gäbe. -xu-

## Gegen die Feinde des Friedens

**Heidelberg.** In einem Aufruf an die Heidelberger Jungen und Mädels wendet sich die Aktionsgemeinschaft der Jugend für das einige Deutschland, Ausschuß Heidelberg, gegen die Absicht weiter unser Volk in zwei Teile zerrissen zu halten und ihm keinen Friedensvertrag zu geben.

„Wir junge deutsche Menschen, die wir uns auch in Heidelberg im Ausschuß der Aktionsgemeinschaft der Jugend für das einige Deutschland über alle religiösen und weltanschaulichen Unterschiede hinweg zusammengefunden haben, sind entschlossen, all den dunklen Plänen der Feinde der Jugend, des Friedens und der Einheit Deutschlands, entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen."

Die Jugend Heidelbergs wird aufgerufen, zur Ueberwindung der gegenseitigen Schranken und zur Sicherung des Friedens und der Einheit Deutschlands sich am großen Treffen der Jugend in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, Pfingsten 1950, zu beteiligen.

Abschließend heißt es: „Hier werden 500000 Menschen aus allen Zonen ihrem Willen für ein einheitliches Vaterland Ausdruck verleihen. Der Heidelberger Ausschuß der Aktionsgemeinschaft hat es sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit 300 jungen Menschen aus Heidelberg an diesem Treffen teilzunehmen."

Anmeldungen werden bei E. Klein, Heidelberg, Schillerstraße 24, entgegengenommen.

## Was man wissen muß

**Wiedergutmachung entstandener Nachteile in der Sozialversicherung und Körperbeschädigtenversorgung**

Das Gesetz des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 22. August 1949 bestimmt, daß Verfolgten des Nationalsozialismus die in der Sozialversicherung entstandenen Nachteile wieder gut gemacht werden. Als Verfolgte im Sinne des Gesetzes gelten:

1. Versicherte, die nachweislich unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 wegen ihrer politischen Haltung, ihres Glaubens, ihrer Weltanschauung oder ihrer Rasse in Haft genommen wurden, oder ihr Arbeitsverhältnis aufgeben mußten, ohne in ein gleichwertiges Arbeitsverhältnis eingestellt zu werden, oder in das Ausland geflüchtet sind,

2. Versicherte, die nachweislich in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 durch Maßnahmen

a) einer Dienststelle des Reichs, eines deutschen Landes oder einer sonstigen Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts,

b) einer Dienststelle oder eines Amtsträgers der NSDAP sowie einer ihrer Gliederungen oder angeschlossenen Verbände aus den in Nr. 1 bezeichneten Gründen dauernde Gebrechen erworben, oder den Tod erlitten haben,

3. Die Hinterbliebenen der unter Nr. 1 und 2 genannten Personen.

Als Versicherte im vorstehenden Sinne gelten auch Personen, die in die deutsche Sozialversicherung überführt worden sind (Flüchtlinge) und solche Personen, die zwar nicht in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, aber als Selbständige in der Sozialversicherung pflichtversichert oder freiwillig versichert sind.

Als Haft im Sinne der Nr. 1 gilt jede Art von Haft, insbesondere auch die Konzentrationslagerhaft.

Die Wiedergutmachung erstreckt sich auf die Kranken-, Renten- und Unfallversicherung sowie die Körperbeschädigtenversorgung. Sie umfaßt

a) in der Krankenversicherung die Anrechnung von Zeiten einer Haft, einer Arbeitslosigkeit oder eines Auslandsaufenthaltes auf die Warte- und Vorversicherungszeiten als Voraussetzung für die Gewährung einer Leistung,

b) bei der Rentenversicherung die Nachzahlung von Renten und die Berücksichtigung von Ersatzzeiten und höheren Steigerungsbeträgen bei später eintretenden Rentenfällen,

c) in der Unfallversicherung die Nachzahlung und Neuberechnung von Renten,

d) in der Körperbeschädigtenversorgung die Nachzahlung früherer Versorgungsrenten Leistungsgesetzes.

Die Anträge sind von den Berechtigten hinsichtlich der Kranken- und Unfallversicherung bei den dafür in Betracht kommenden Versicherungsträgern, hinsichtlich der Versorgungsrenten bei der Landesversicherungsanstalt — Abteilung KB-Leistungen — zu stellen.

Für die Rentenversicherung gilt nach dem Erlaß des Arbeitsministeriums vom 12. Dezember 1949 folgendes:

Die Anträge werden auf den dafür bestimmten Formblättern entgegengenommen:

1. Für Mannheim-Innenstadt beim Versicherungsamt im Gebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse, 1. Obergeschoß,

2. Für die Vororte Mannheims bei den Gemeindesekretariaten,

3. Für den Landkreis Mannheim bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen.

Den Berechtigten wird in ihrem eigenen Interesse empfohlen, den Antrag alsbald bei den für ihren jetzigen Wohnort zuständigen, vorstehend bezeichneten Dienststellen zu stellen. Etwaige Nachweise über das Vorliegen der Wiedergutmachungsvoraussetzungen nach dem Gesetz sind dem Antrag beizufügen. Die Versicherungsunterlagen (Quittungs- oder Versicherungskarte, Aufrechnungsbescheinigungen, Rentenbescheid etc.) sind für die Aufnahme des Antrags zur Einsichtnahme mitzubringen, werden diesem aber nicht beigefügt. Es wird darauf hingewiesen, daß auch die Mitwirkung der Wiedergutmachungsbehörden nach dem Entschädigungsgesetz vom 16. August 1949 bei der Feststellung der Ansprüche vorgesehen ist.

## Aus dem Parteileben

**Versammlungen der KPD, Kreis Mannheim**

**Käfertal**, Mittwoch, den 8 Febr., 20 Uhr, Baracke, **Funktionärsitzung.**

**Neckarstadt - West**, Donnerstag, 9. Febr., 19.30 Uhr, Lokal „Goldne Schlange" **Mitgliederversammlung.** Ref. Jerrentrup. Elementarkurs am Donnerstag, 9. Febr, 19 Uhr, in S 3, 10. Thema: „Der Arbeitslohn". Ref. Hofmann.

**Veranstaltungen der KPD Heidelberg**

**A.- und S.-Konferenz.** Am Mittwoch, den 8. Februar, um 20 Uhr, im „Westhof".

**Weststadt.** Am Donnerstag, den 9. Februar d. J., um 20 Uhr, im „Westhof" Mitgliederversammlung.

**Veranstaltungen der KPD Pforzheim**

**Schulungsabend.** Am Mittwoch, den 8. Februar d. J., um 20 Uhr, im Parteibüro.

Referent: Genosse Schneider. Thema: Philosophischer Materialismus.

# Sport und Spiel

### Handball in Nordbaden

**Tabellenführer Rot beinahe gestrauchelt**

Nur drei Spiele konnten in der Handballverbandsliga durchgeführt werden und beinahe hätte es dabei eine dicke Sensation gegeben. Der Tabellenführer TSV Rot lag gegen den TSV Birkenau bereits mit 0:2 Toren im Rückstand. Bis zum Seitenwechsel konnte mit Mühe und Not ein Tor durch Vetter aufgeholt werden. Beim Stand von 2:2 durch ein Tor von Weiß schien der Bann für den TSV Rot gebrochen. Die Gäste gingen aber durch Kock erneut in Führung. Mit letzter Kraftanstrengung griff der Tabellenführer an, um eine Niederlage zu vermeiden. Vetter glückte das Ausgleichstor, und fast mit dem Schlußpfiff erzielte Weiß noch den siegbringenden Treffer.

SpVgg Ketsch siegte unangefochten mit 11:6 gegen 62 Weinheim. Der Kopf-anKopf-Kampf um die Meisterschaft zwischen dem TSV Rot und der SpVgg Ketsch dauert weiterhin an.

Für die einzige Verschiebung in der Tabelle sorgte der TSV Beiertheim durch seinen 6:3 Sieg über die SG St. Leon. Schon nach zehn Minuten mußte der wurfgewaltige Götzmann (St. Leon) wegen Tätlichkeit des Feldes verwiesen werden. Trotzdem lagen die Gäste bei Seitenwechsel mit 0:3 in Führung. In der zweiten Halbzeit holte die Platzelf nicht nur auf, sondern Breunig, Baumann und Speck sicherten ihrer Elf den Sieg.

Der Stand der Tabelle nach den Spielen am 5. Februar lautet:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| TSV Rot | 17 | 15 | 1 | 1 | 138:72 | 31 |
| SpVgg Ketsch | 17 | 15 | 1 | 1 | 161:83 | 31 |
| TSV Birkenau | 17 | 11 | 2 | 4 | 126:77 | 24 |
| SG Leuterh. | 15 | 10 | 1 | 4 | 149:111 | 21 |
| TSV Rintheim | 15 | 8 | 1 | 6 | 134:108 | 17 |
| 62 Weinheim | 17 | 6 | 2 | 9 | 113:128 | 14 |
| VfL. Neckarau | 14 | 6 | 0 | 8 | 75:87 | 12 |
| SG St. Leon | 17 | 5 | 2 | 10 | 104:131 | 12 |
| TuS Beiertheim | 15 | 5 | 2 | 8 | 90:107 | 12 |
| SV Waldhof | 16 | 4 | 3 | 9 | 109:157 | 11 |
| 98 Seckenheim | 16 | 1 | 1 | 14 | 77:134 | 3 |
| TSV Bretten | 14 | 1 | 0 | 13 | 69:145 | 2 |

### Meisterschaften im Wintersport

**Helga Dudsinski Eislaufmeisterin**

Die deutsche Eislaufmeisterin Helga Dudsinski vom Münchener EV verteidigte erfolgreich ihren im Vorjahre gewonnenen Titel. Endergebnis: Helga Dudsinski, Platzziffer 5, 378,78 Punkte, 2. Erika Kraft, Platzziffer 5, 373,90 Pkt., und Inge Minor, Platzziffer 15, 352,48 Punkte.

**Rissersee erstmalig geschlagen**

Preußen Krefeld besiegte den SC Rießersee vor 7000 Zuschauern verdient mit 6:3 Toren. Mit diesem Sieg haben die Krefelder wieder berechtigte Aussichten, in die Entscheidung um die Meisterschaft einzugreifen.

**Aastrom und Hasu Ski-Weltmeister**

Bei den Ski-Weltmeisterschaften in Rumford (USA) gewann der Schwede Aastrom den 18-km-Langlauf mit 11 Sekunden Vorsprung vor seinem Landsmann Josefsson. Den achten Platz belegte der Olympiasieger von 1948, Lundström-Schweden. Dicht hinter ihm folgte der Finne Hasu, der die nordische Kombination (Langlauf und Sprunglauf) gewann.

### Sportliches Allerlei

Die Süddeutschen Handball-Meisterschaften der Männer in Reutlingen wurden um 14 Tage, auf den 25./26. März, verschoben.

Die argentinische Fußballmanschaft Old Boys Buenos Aires tritt im Anschluß an ihre Portugalreise in Saarbrücken gegen den 1. FC Saarbrücken an.

Das für die Fußball-Weltmeisterschaft neu errichtet Stadion ist mit einem drei Meter breiten Wassergraben umgeben.

Im Ausland sind die Toto-Gesellschaften dazu übergegangen, die Namen von Gewinnern großer Quoten streng geheim zu halten, um sie vor dem Massenansturm von Bettelbriefen und Hilfegesuchen zu bewahren.

Das Eilenriede-Motorradrennen kann in diesem Jahr am 2. April zum erstenmal nach Beseitigung der Kriegs- und Bombenschäden auf der Rundstrecke wieder durchgeführt werden.

Nach den letzten Veröffentlichungen zählt Englands „Football Association" 31 503 Klubs 389 Klubs haben Berufsspieler verpflichtet, deren Gesamtzahl in England 6069 beträgt.

Die führende italienische Sportzeitung „Gazetta dello Sport" schreibt: „Deutschland hat wieder eine große Anzahl von Klassenspielern, die in der Lage wären, die meisten europäischen Mannschaften zu schlagen."

Für die nächsten Ski-Westmeisterschaften 1954 bewerben sich Schweden, Italien und Frankreich.

**Bartali bei der Deutschlandfahrt**

Gino Bartali, der italienische Meisterfahrer, beabsichtigt in diesem Jahr an der Deutschland-Rundfahrt teilzunehmen. Voraussetzung bleibt die Genehmigung der IRA und daß er mit der eigenen Mannschaft auf dem eigenen Rad fahren darf.


Die letzten 3 Tage: RESTE

im WINTER SCHLUSS VERKAUF

Auch in den übrigen Abteilungen Restposten nochmals stark herabgesetzt

BRAUN MANNHEIM · K 1, 1-3

1 Gaskocher, 2flammig, zu kaufen ges. Zuschr. a. d. Verl.

Klaviere neu und gespielt, Hohner Akkordeon Streich- und Zupfinstrumente. Teilzhlg. Musik - Arnold, G 4, 13.

Deutscher Gewerkschaftsbund - Ortsausschuß Mannheim — Frauensekretariat —

Wiederholung des Vortrages von Herrn Dr. Wittenbeck: „Die Frau in den Wechseljahren" am Donnerstag, dem 9. Februar 1950, nachmittags 17 Uhr im großen Saal des Städt. Krankenhauses Mannheim für die weiblichen Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Mannheim.

Suchdienst: Rotes Kreuz

Wir suchen die Angehörigen eines Hans Lindner, 30 Jahre alt, Feldpost-Nr. 01962, Oberschirrmeister aus Mannheim.

Die Angehörigen eines Ernst Messmer, Obergefreiter, etwa 39 Jahre alt, die in Hockenheim wohnen sollen. Messmer soll früher in Singen Htw. gewohnt haben.

Wer kann Auskunft geben über die Familie Oberstudiendirektor Sehmsdorf aus Stallupönen (Ostpreußen.)

Werden auch Sie Kunde unserer neueingerichteten Leihbücherei

Wir sind in der Lage, alle Leserwünsche zu erfüllen. Bei Eintritt in die Bücherei wird 1 Buch gratis gegeben.

Volksbuchhandlung - S 3,10

3 Tage RESTE

dazu viele Restposten!

| | | |
|---|---|---|
| Herren-Socken | DM | 1,05 |
| Hemdenstoff Baumwolle | DM | 1,95 |
| Streifen-Damast 130 cm breit, Baumwolle | DM | 3,75 |
| Mädchen-Rock (Jersey) Mädchen-Strickweste | | 3,90 |
| Blumen-Damast 130 cm breit, Baumwolle | DM | 4,75 |
| Herren-Hemd | DM | 5,95 |
| Arbeitshose Baumwoll-Köper, blau | DM | 6,95 |

Webwaren ETAGE

H 1, 8 Breite Straße - H 1, 8 Im Hause Schuh-Fritz

DIE ETAGE, DEREN BESUCH SICH IMMER LOHNT

Jetzt viel billiger!

Die ungewöhnlich gute Wirkung von Klosterfrau Aktiv-Puder dem idealen Allzweckpuder, führt zu ständig steigender Nachfrage. Die Mehrleistung neuer und verbesserter Herstellungsstätten ermöglicht es uns nunmehr den fortschrittlichen Klosterfrau Aktiv-Puder zu wesentlich niedrigeren Preisen abzugeben. Fragen Sie Ihren Apotheker oder Drogisten!

Inseriert im „Badischen Volksecho"

FILMTHEATER

ALSTER O 3, 6 Telephon 446 47

Rudolf Fernau — Maria Holst in Mordprozeß Dr. Jordan

Im Beiprogramm: Der hochinteressante Kulturfilm: „Der Griff nach dem Atom" - Tägl.: 14, 16, 18.15 und 20.30 Uhr.

Voranzeige ab Freitag: Pearl S. Buck's mit Paul Muni und Luise Rainer Die gute Erde

CAPITOL Am Meßplatz Telephon 511 86

Nur noch bis Donnerstag! Der grosse Farbfilmerfolg! Unruhiges Blut mit Stewart Granger und Valerie Hobson

Voranzeige ab Freitag! Ein toller Bursche Clark Gable, Lana Turner — Beginn: 14, 16.30, 19 u. 21 Uhr

PALAST Breite Str. J 1, 6 Telephon 446 35

Heute bis einschl. Donnerstag! Nur 3 Tage! Der große Sexual- und Aufklärungsfilm über Geschlechts-Krankheiten Schleichendes Gift

Die Vorstellungen finden getrennt f. Männer u. Frauen statt. Für Jugendliche unter 16 Jahren verboten! Beginn: für Männer: 10, 11.30, 13, 18, 19.50, 21.30 für Frauen: 14.40, 16.20 Uhr


BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg